

Editorial

Vor genau einem Jahr erschien unsere letzte ‚Nicaragua Zeitung‘ in Papierform. Sie war zu teuer geworden – und hat vom Planen bis zum Verschicken sehr viel Arbeit gemacht.

Wir haben die Hoffnung, dass in Zukunft mehr Leute unsere Internetseite aufsuchen und sich von dort Informationen holen. Aber auch die vielen Leser, die an Nicaragua und unserer Arbeit interessiert sind und nicht so selbstverständlich im Internet herum klicken, wollen wir nicht ganz ohne Informationen lassen und selbstverständlich wollen wir den Kontakt zu denen, die unsere Arbeit durch Spenden unterstützen, nicht verlieren.

Wir hoffen, dass dieser Rundbrief, den wir in Zukunft jährlich verschicken werden, dies erreichen kann. Er bietet einen Jahresrückblick mit den wichtigsten Nachrichten aus Nicaragua und dem Nicaragua Verein – ähnlich wie vorher unsere Zeitung. Die Online-Nutzer werden vielleicht den einen oder anderen Artikel schon kennen, das Neue aber wird überwiegen. Es lohnt sich also, diesen ‚rundbrief‘ einmal durchzublütern.

Wir wünschen Ihnen – und vor allem denen, die unsere Papierzeitung so sehr vermisst haben – viel Spaß dabei.

Bitte beachten Sie unseren Internet- und Mailservice

Auf unserer Homepage www.nicaragua-verein.de bieten wir viele aktuelle Informationen, Nachrichten aus Nicaragua, unsere Veranstaltungshinweise, weiterführende Links, aber auch Artikel zur Geschichte Nicaraguas, der Städtepartnerschaft, des Nicaragua Vereins und vieles mehr. Nicht zuletzt finden Sie dort auch die aktuellen und viele alte Ausgaben der ‚Nicaragua Zeitung‘.

Wenn Sie uns eine kurze Email schicken, informieren wir Sie gern, wenn eine neue Zeitung erscheint oder kündigen rechtzeitig unsere geplanten Veranstaltungen an:

nicaragua-verein@t-online.de

Restexemplare unserer 48seitigen Broschüre zum 20jährigen Jubiläum sind noch kostenlos im Vereinsbüro erhältlich



Werden Sie Fördermitglied!

Seit vielen Jahren wird der Nicaragua Verein von einem treuen Spenderkreis unterstützt. Dafür danken wir ganz herzlich – auch im Namen unserer Projektpartner in Nicaragua.

Die SpenderInnen wissen, dass sie sich auf uns verlassen können: Wenn Sie für ein bestimmtes Projekt spenden, werden garantiert 95 % des Betrages nach Nicaragua überwiesen. Diese Art der Spende ist deshalb schon immer die beliebteste. Und durch die Treue der SpenderInnen ist es uns in der Regel möglich, solchen Projekten auch in unvorhersehbaren Notsituationen zu helfen.

Schwerer ist es für uns, die alltägliche Arbeit in Hamburg mit seiner notwendigen Infrastruktur zu finanzieren. Gleichzeitig wird es wegen der politischen Lage in Nicaragua immer wichtiger, Organisationen unterstützen zu können, die bei uns noch kein Spendenkonto haben; wie z. B. vor kurzem die Frauenorganisation MAM, die wir in ihrem Kampf gegen das totale Abtreibungsverbot unterstützt haben. Dafür reichen unsere frei verfügbaren Mittel aus den Mitgliedsbeiträgen nicht.

Wir möchten Sie deshalb bitten: **Werden Sie Fördermitglied** oder spenden Sie, wenn Sie unsere Arbeit für wichtig halten, auch **zur freien Verfügung!**

Spendenkonto:

Nicaragua Verein Hamburg e.V.

Postbank Hamburg BLZ: 200 100 20 Kontonr.: 51137 - 205

25 Jahre Nicaragua Verein

Vor 30 Jahren siegte die sandinistische Befreiungsbewegung FSLN über die brutale Somoza-Diktatur in Nicaragua. Der Erfolg dieser Revolution mit ihren Werten und Zielen rief eine unglaubliche Welle von Sympathie, Begeisterung und Unterstützung hervor: Fünf Jahre später - also vor 25 Jahren - wurde in Hamburg der Nicaragua Verein gegründet, er sollte helfen, die Ziele für eine gerechtere Gesellschaft zu unterstützen und zu verteidigen, deren Charakter damals als dritter Weg zwischen den großen ideologischen Blöcken gesehen wurde. Hamburgs Schwerpunkt der Beziehungen und vor allem auch der des Nicaragua Vereins richtete sich auf León, Universitätsstadt und ‚erste Hauptstadt der Revolution‘, ein Titel, mit dem sich die Stadt heute noch gern schmückt. Das führte schließlich vor 20 Jahren zur Gründung einer offiziellen Städtepartnerschaft.

Der Nicaragua Verein wird sein Jubiläum feiern. Die Euphorie der Anfangsjahre ist allerdings gewichen: Sorgen und Ernüchterung bestimmen die Gefühlslage. Aber trotz allem, die Solidarität mit vielen Partnern hat Bestand, denn die Pflege der Beziehungen zu den Menschen, die sich nach wie vor für die Ziele und Werte der Revolution einsetzen, ist schwieriger geworden, aber wichtiger als je zuvor.

Die Anfangsjahre – Jahre der Revolution



Begeisterung für die FSLN während der Revolution

Im Jahre 1984, fünf Jahre nach dem Sieg der Revolution, als die Nicaraguaner zum ersten Mal zur Wahl gehen konnten, wurde in Hamburg von verschiedenen Mittelamerika Solidaritätsgruppen der Ni-

caragua Verein gegründet. Für mehrere Länder-Komitees fungierte er als formale Dienstleistungsorganisation. Die Solidaritätsgruppen sahen sich besonders herausgefordert: Zwei Jahre zuvor hatte die von den USA unterstützte antirevolutionäre „Contra“ von Honduras und von Costa Rica aus den bewaffneten Kampf gegen die sandinistische Regierung begonnen.

Erste Solidaritätsbrigaden brachen nach Nicaragua auf, halfen bei der Kaffeeernte, leisteten Hilfe beim Wiederaufbau, sollten und wollten einen menschlichen Schutzschild bilden gegen einen befürchteten Einmarsch der USA, wie es kurz zuvor auf der Karibik Insel Grenada auf Befehl Ronald Reagans geschehen war. Dort war ebenfalls 1979 durch links gerichtete Rebellen der dortige Diktator vertrieben worden.

Die wichtigsten Aufgaben des jungen Nicaragua Vereins waren zu dieser Zeit Information und Agitation. Seine Zeitung hatte in den frühen Jahren eine riesige Auflage von 5.500 Stück. Erste Projekte wurden begonnen und Partnerschaften vermittelt. Diese Arbeit war sehr erfolgreich und die spontimäßigen Aktionen wurden professioneller: Im Haus der „Werkstatt 3“ wurde schon 1986 ein eigenes Büro gemietet. Feste Bürozeiten, angestellte Leute, die sich der Verein dank staatlicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen leisten konnte, verstärkten das ehrenamtliche Engagement. Ein großer Spenderkreis bildete die Grundlage für die kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit des Vereins.

Zum vierjährigen Jubiläum hielt Professor Joist Grolle eine Rede mit dem Titel „David gegen Goliath“ und beschrieb und würdigte damit die Rolle des Nicaragua Vereins. Gegen den wirtschaftlichen Niedergang Nicaraguas konnten die vielen Davids in aller Welt allerdings nichts ausrichten. Die Wirtschaftsblockade durch die USA und der Contra Krieg zwangen das Land in die Krise. Aber auch die Kriegs-

parteien wurden müde: Unter Vermittlung von SPD Troubleshooter Hans Jürgen Wischnewski und Kardinal Obando y Bravo verständigten sich die Parteien und unterzeichneten 1988 einen Plan zur Beendigung des sieben Jahre andauernden Bürgerkriegs.

Ein Hilferuf nicaraguanischer Gewerkschaften, Landarbeiterverbände und Frauenvereinigungen „Nicaragua muss überleben“ hatte bald auch Hamburg erreicht: Eine viel beachtete Veranstaltung bei Kampnagel sollte Hamburger Auftakt der weltweiten Kampagne sein. Nicaragua Verein und Nicaragua Komitee beschloss, diese Kampagne zu einem gemeinsamen Arbeitsschwerpunkt zu machen. Schließlich fanden sich viele Gruppen zum Aktionsbündnis „Nicaragua muss überleben“ zusammen.

Die massenweise Unterstützung, die Nicaragua – speziell León – aus vielfältigsten Bevölkerungsgruppen erhielt, überzeugte schließlich den Senat, einen Städtepartnerschaftsvertrag mit León zu unterzeichnen. Seit seiner Gründung hatte sich der Nicaragua Verein dafür eingesetzt und in der Verfolgung dieses Zieles nicht nachgelassen.

(Entstanden war die Idee 1983 auf einem Vorbereitungstreffen für den Besuch Ernesto Cardenals. Dieser Gedanke wurde dann in der überfüllten Altonaer ‚Fabrik‘ von E. Cardenal vorgestellt.)

Krise der Solidaritätsbewegung - Niedergang der FSLN

1990 gab es in Nicaragua und in der Solidaritätsbewegung den ersten Schock: Die Sandinisten wurden abgewählt. Damit hatte keiner gerechnet. Viele Erklärungsversuche mussten herhalten, aber letztendlich glaubten fast alle, dass das nur ein Unfall

der Geschichte sei und sicher bei den nächsten Wahlen korrigiert werden würde.

Die neoliberale Politik der Regierung Chamorro führte zu einem ‚roll back‘, gekennzeichnet durch Privatisierung, Streichung sozialer Leistungen, Massenentlassungen. Die Solidarität war also gefordert wie je. Das hatte zunächst eine besonders starke Solidarisierung mit der FSLN zur Folge: Die Errungenschaften der Revolution sollten gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung verteidigt werden. Aber schnell wurde klar, dass die FSLN ihre Oppositionsrolle nicht annehmen wollte und mit der Regierung kungelte. Gleichzeitig wurden die Parteistrukturen immer autoritärer. Schon 1991 fragten wir in unserer Zeitung sorgenvoll: „Quo vadis FSLN?“ (Wohin gehst Du, FSLN?)

In den folgenden 17 Jahren reaktionärer rechter Regierungen in Nicaragua haben sich diese Tendenzen in der FSLN ständig verstärkt und verfestigt: Zerstrittenheit in der Partei, Abspaltungen, ständiger Ausbau der Machtfülle Daniel Ortegas, schließlich ein Pakt mit dem korrupten, reaktionären Parteichef der ‚Liberalen Partei PLC‘ Arnoldo Alemán, der diesen beiden Caudillos langfristig die Macht sichern sollte durch paritätische Aufteilung der Posten in den wichtigen staatlichen Institutionen. Das Bild von der FSLN als fortschrittlicher, emanzipatorischer Kraft wurde nachhaltig erschüttert. Die Machtclique um Ortega entledigte sich vieler alter Mitstreiter, die diese Entwicklung kritisierten. Viele gingen von selbst, andere wurden aus der Partei ausgeschlossen.

Die Entwicklungen in Nicaragua blieben natürlich nicht ohne Einfluss auf die desillusionierte Solidaritätsszene. Die politische Faszination war dahin. Eine Identifikation mit der Ortega-Partei, die sich immer noch FSLN nennt, gelang nicht mehr.

Viele Solidaritätsgruppen, denen die

FSLN ein selbstverständlicher Partner war, konnten sich umorientieren, emanzipatorische Kräfte wurden nun immer stärker in der Zivilgesellschaft gefunden.

Diese Zeit ging bei uns nicht ohne Diskussionen, Streit und Verletzungen vorüber, aber die Solidarität überlebte die heftige Krise - auch der Nicaragua Verein. Die aktiven Leute wurden weniger, aber trotzdem konnten wir unsere Aufgaben in Hamburg noch erfüllen. Nach wie vor sahen wir unsere wichtigste Funktion in der Vermittlung von Kontakten, in der Information über Nicaragua in Hamburg und in der Vermittlung der Probleme der dritten Welt. Unsere Zeitung erschien regelmäßig und der Internetauftritt wurde ausgebaut und regelmäßig gepflegt. Unsere Veranstaltungen mit interessanten Gästen, auch aus Nicaragua, waren relativ erfolgreich und trugen sicher mit dazu bei, dass die ‚Nica-Szene‘ nicht auseinander fiel.

Hamburg hatte es mit seiner Partnerstadt León noch relativ leicht. Verhält-

nismäßig verlässliche Stadtverwaltungen und Bürgermeister trugen zur Stabilität der Beziehungen und zur Verfestigung der Städtepartnerschaft bei. Sie hatten sich auch in Krisenzeiten bewährt. Kontakte zu anderen Partnerstädten Leóns, die der Nicaragua Verein von der ersten Städtepartnerschaftskonferenz an gepflegt hatte, wurden auch vom Hamburger Senat aufgenommen. Die Partnerschaft ist längst in das Bewusstsein der Hamburger gedrungen und viele Menschen haben begriffen, dass Solidarität nicht abhängig sein darf von momentanen politischen Strömungen – obwohl starke Irritationen nicht zu übersehen sind.

Im Nicaragua Verein wurde zur Verstärkung der ehrenamtlichen Arbeit immer wieder Hoffnung auf die Jugend gesetzt. Für junge Leute stellen Gerechtigkeit und Frieden wichtige Ziele gesellschaftspolitischen Engagements dar, aber beständige regelmäßige Vereinsarbeit ist für sie immer schwerer zu leisten – auch unsere Gesellschaft hat sich in Zeiten der Globalisierung

„Hoch die korrupten Paktisten dieser Erde – FSLN Du gewinnst!“



mit ihrer neoliberalen Wirtschaftspolitik verändert.

Krise der Städtepartnerschaften – Danielismus/Ortegismus

Peinliche Bündnisse, fragwürdige Parlamentsbeschlüsse kennzeichneten die Wahlen von 2006, bei denen für die FSLN Daniel Ortega gegen starke Widerstände abermals für das Präsidentenamt kandidierte und die Wahlen gewann. Ein großer Teil der Bevölkerung setzte neue Hoffnung auf ihn, vor allem die Landbevölkerung. Ein ambitioniertes aber wenig nachhaltiges Programm gegen den Hunger, Streichung des Schulgeldes und kostenlose Gesundheitsversorgung, hauptsächlich finanziert durch Darlehen aus Venezuela, schafften in der Anfangszeit durchaus Sympathien.

Allerdings steigt die Unruhe in der Gesellschaft. Vor allem ein kurz vor den Wahlen beschlossenes totales Abtreibungsverbot, dem die FSLN aus wahltaktischen Gründen zugestimmt hatte und nach den Wahlen nicht, wie erwartet, zurücknahm, bringt die nicaraguanischen Frauen auf die Straße. Der Streit zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen und der FSLN-Regierung verschärft sich und steigert die Nervosität auf beiden Seiten. Die Situation vor den Kommunalwahlen 2008 war entsprechend aggressiv.

Entscheidungen des von der PLC und der FSLN dominierten Wahlrats wie zum Beispiel der Ausschluss der MRS (Sandinistische Erneuerungsbewegung) und der Konservativen Partei sowie die Ablehnung von unabhängigen Wahlbeobachtern verhiessen nichts Gutes: Es kam zu massiven Manipulationen und in den großen Städten wurden keine detaillierten Wahlergebnisse veröffentlicht. Der FSLN wurde deshalb schließlich von vielen Beobachtern Wahlfälschung vorgeworfen.

Auf den Straßen kam und kommt es immer noch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Diese Ereignisse erschütterten nicht nur die nicaraguanische Gesellschaft, auch in den internationalen Beziehungen gab es heftige Reaktionen: Projektgelder wurden eingefroren und gestrichen, so dass Nicaragua – schon durch die Finanzkrise gebeutelt – nun in eine ziemlich missliche wirtschaftliche Situation geraten ist.

Die Beziehungen Hamburg – León, die durch die offizielle Städtepartnerschaft besonders eng und stabil waren, stecken auch in einer Krise. Zum Beispiel führten Diskussionen im Nicaragua Verein zu dem Beschluss, nicht mehr mit dem Bürgermeisteramt in León zusammen arbeiten zu wollen. (Laufende Projektvereinbarungen sollten davon nicht betroffen sein.)

Diese in einem öffentlichen Brief erklärte Entscheidung hat zu vielen Missverständnissen geführt, die nach und nach geklärt werden mussten. Wir stehen trotzdem noch hinter unserem Beschluss, weil uns die Vorstellung schwer fällt, mit einem Bürgermeister zusammen zu arbeiten, der prügelnd durch die Straßen zieht und zudem wegen des Wahlbetrugs eine zweifelhafte Legitimation besitzt. Für eigene Vereinsprojekte hat diese Entscheidung keine große Relevanz, die werden immer mit den Projektpartnern direkt abgewickelt. 25 Jahre Nicaragua Verein bedeutet also nicht das Ende, im Gegenteil: Wir stehen vor größeren Herausforderungen als je zuvor: Wir müssen versuchen, weiterhin die nicaraguanische Zivilgesellschaft zu stärken, denn sicher nur durch sie könnte ein Wandel der Gesellschaftskrise in Nicaragua eingeleitet werden.

Die ‚offizielle‘ Städtepartnerschaft scheint in einer weit tieferen Krise zu stecken als die vielen kleinen Solidaritätsgruppen. Sie steht jedoch nicht ‚vor dem Aus‘, wie ‚Die Welt‘ – allerdings mit Fragezeichen – titelte. Ähnlich undiplomatisch



Studierende äußern ihren Protest gegen die Angriffe auf die Demokratie

wie der Nicaragua Verein hat die Senatskanzlei die Zusammenarbeit mit dem Bürgermeisteramt abgebrochen. Eine zum Jubiläumsjahr in Hamburg geplante Konferenz der Partnerstädte wurde abgesagt. Die ersatzweise angesetzte Feierstunde war eine halbherzige Geschichte für die Hamburger ‚Nica-Szene‘. Die anderen Partnerstädte reagierten sehr unterschiedlich auf Hamburgs Entscheidung: von verständnisvoll bis empört. Der Leóner Bürgermeister, äußerlich unberührt, kündigte an, die Konferenz nächstes Jahr nach León einzuladen.

Stärker scheint ihn gewurmt zu haben, dass der Senat die alle zwei Jahre stattfindenden Übereinkommen zur Förderung von Projekten ein Jahr ausgesetzt und eine eigene Findungskommission in León installiert hat. Prompt kam von Präsident Ortega die Nachricht über die Auflösung des Konsulats in Hamburg. Der entlassene Honorarkonsul Horst Gobrecht ist darüber allerdings nicht besonders traurig, er empfindet dies als „eine Erleichterung, eine

solche Regierung nicht mehr vertreten zu müssen“.

Man spricht also nicht mehr miteinander, man handelt. Keine guten Bedingungen für eine Partnerschaft. Aber auch das wird sich wieder einrenken, denn das Wichtigste sind die gewachsenen Beziehungen, die in vielen Jahren entstandenen Freundschaften, auf die man sich verlassen kann. Im Übrigen wirkt eines immer noch: Die Freundlichkeit der Nicaraguaner und ihr Wille, etwas zum Besseren zu verändern, hat noch jeden Nicaraguareisenden angesteckt. Dafür prägte die frühere Bürgerschaftspräsidentin Ute Pape einmal den Begriff ‚Nica-Virus‘. Der ist sehr virulent und nicht tot zu kriegen.

PS.: Der Nicaragua Verein hat seine Position in Nicaragua gestärkt: Er hat seit kurzem eine staatlich anerkannte Niederlassung in León.

Detlef de Cuveland

Ortega will Präsident bleiben – auch gegen die Verfassung

Sechs Richter setzen die Verfassung Nicaraguas außer Kraft

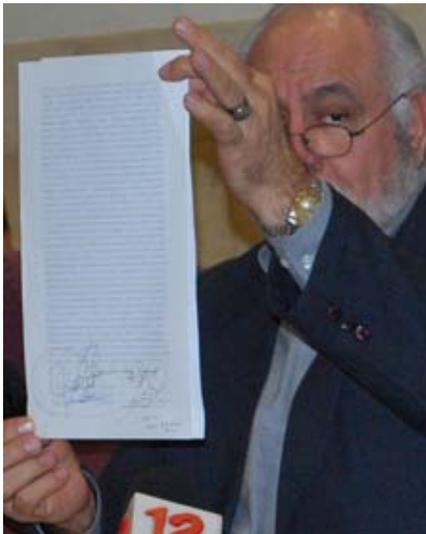
Am 19. Oktober 2009 gaben sechs Mitglieder des Obersten Gerichtshofes Nicaraguas – alles treue Gefolgsleute von Daniel Ortega – ihren Beschluss bekannt, dass dieser im Jahr 2011 erneut für das Präsidentenamt kandidieren darf, obwohl die Verfassung dies in ihrem Artikel 147 ausdrücklich verbietet. Entsprechend dürfen auch die Bürgermeister seiner Partei entgegen den Bestimmungen des Artikels 178 der Verfassung erneut kandidieren.

Inzwischen haben sieben – liberale – Richter des Obersten Gerichtshofes den Spruch ihrer orteguistischen Kollegen zurückgewiesen und ihn für null und nichtig erklärt. Schon vorher hatten diverse Persönlichkeiten und Organisationen aus Politik und Gesellschaft (Parteien, Kirchen, Medien, Menschenrechtsorganisationen, ...) diesen Anschlag auf die Verfassung des Landes energisch zurückgewiesen. Er wurde als definitiver Zusammenbruch des Rechtsstaates bezeichnet. Die Bevölkerung

wurde zum Widerstand aufgerufen. Es gab erste Übergriffe auf Kritiker der Regierung – vor allem gegen Frauen.

Blitz-Prozess

Präsident Ortega und 109 Bürgermeister – alle von der FSLN (Sandinistische Nationale Befreiungsfront) – hatten am 15. Oktober beim Obersten Wahlrat eine Bescheinigung beantragt, dass sie trotz des verfassungsmäßigen Verbotes auch zur nächsten Legislaturperiode für ihre jeweiligen Ämter kandidieren dürfen. Sie beriefen sich darauf, dass sie als Amtsinhaber durch das Verbot einer zweiten Kandidatur gegenüber den übrigen Staatsbürgern in ihren Rechten benachteiligt würden, während die Verfassung gleiche Rechte für Alle garantiere. Daher sollten die entsprechenden Verfassungsartikel 147 und 178 nicht mehr zur Anwendung kommen, weil das Gleichheitsgebot einen übergeordneten Stellenwert habe. Von da ab überschlugen sich die Ereignisse:



Der Vorsitzende der Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofes, Francisco Rosales, zeigt der Presse das unterschriebene Dokument

Freitag, 16. Oktober, 11:45 Uhr:

- Der Oberste Wahlrat erklärt sich für nicht zuständig, darüber zu entscheiden, ob die Anwendung der Verfassungsartikel, die eine Wiederwahl verbieten, ausgesetzt werden kann.

Freitag, 16. Oktober, 14:20 Uhr:

- Rechtsanwalt Eduardo Mejía Bermúdez legt als rechtlicher Vertreter Ortegas und der 109 Bürgermeister beim Berufungs-

teil unterzeichneten (alle Gefolgsleute Ortegas), sind nur drei ordentliche Mitglieder der Verfassungskammer. Die drei Ersatzmitglieder wurden eingeladen, weil die ordentlichen liberalen Richter nicht erschienen. Ob, wann und wie sie überhaupt Einladungen erhielten, ist nicht klar und Gegenstand einer hitzigen öffentlichen Auseinandersetzung. Klar ist jedoch, dass sie am betreffenden Montagnachmittag nicht in ihren Büros waren. Angeblich soll es unter den Obersten Richtern eine Absprache gegeben haben, dass sie nur bis 13:00 Uhr anwesend sein müssen, obwohl die Arbeitszeit bis 16:00 Uhr geht. Da gegen Mittag aber noch nicht alle liberalen Richter das Gebäude verlassen hatten, wurde mit einem Mittel nachgeholfen, das in kritischen Situationen auch schon mehrfach im Parlament angewendet wurde: Der Strom wurde einfach abgestellt. Da dieser Stromausfall länger als normal dauerte, so sagte später einer der Liberalen, habe er das Gebäude verlassen und sei auch nicht wieder zurück gekehrt.

Für große Teile der Öffentlichkeit ist es unglaublich, dass dieses Blitzverfahren ohne Wissen oder zumindest ohne passive Unterstützung von Seiten der Liberalen durchgeführt wurde. Immerhin ist Antonio Alemán, der Bruder des korrupten Ex-Präsidenten Arnaldo Alemán, eins der abwesenden ordentlichen Mitglieder der Verfassungskammer, und einige liberale Mitglieder des Obersten Wahlrates waren persönlich an diesem Verfahren beteiligt.

Dass ein solcher Vorgang von seiner Annahme bis zur Verkündung und Verbreitung des Urteils in nur viereinhalb Stunden bearbeitet werden kann, ist schon aus technischen Gründen ausgeschlossen – in dieser Zeit bekommt man das Dokument noch nicht einmal fehlerfrei abgetippt. In dem Urteil sind nicht nur Betrachtungen zur nicaraguanischen Rechtsgeschichte sondern auch Bezüge auf Rousseau, sogar auf einen deutschen Rechtskommentar

von Bachof über „verfassungswidrige Verfassungsformen“, auf die nordamerikanische Rechtsprechung usw. enthalten ... allein das Zusammentragen all dieses Materials ist eine Angelegenheit von Wochen, wenn nicht von Monaten, von einer Bewertung und Ausformulierung des Urteils ganz zu schweigen.

Es ist offensichtlich, dass mit diesem von langer Hand vorbereiteten Spruch – ohne Rücksicht auf die möglichen negativen Konsequenzen inner- und außerhalb Nicaraguas – unumstößliche Fakten geschaffen werden sollten, die Daniel Ortega eine erneute Präsidentschaftskandidatur erlauben.

Urteil rechtlich nicht haltbar

Wenn man diesen Vorgang nur rein rechtlich betrachtet, gibt es viele Gründe, die gegen dessen Legalität und Gültigkeit sprechen:

- Das Rechtssystem Nicaraguas gibt jedem das Recht, sich gegen jegliche Anordnung oder Maßnahme einer staatlichen Institution zu beschweren, die seine ihm verfassungsmäßig garantierten Rechte verletzt. Dieses Verfahren wird *Recurso de Amparo* („Klage auf Schutz“) genannt und wurde in diesem Fall von Ortega in Anspruch genommen. Jedoch ist schon die Voraussetzung für eine solche Klage gar nicht vorhanden: Durch die Feststellung des Obersten Wahlrates, dass dieser nicht dafür zuständig sei, einzelne Paragraphen der Verfassung außer Kraft zu setzen, wird Ortega in keiner Weise benachteiligt oder in seinen Rechten beschnitten. Wodurch er sich benachteiligt fühlt, ist die Verfassung selbst. Aber für Verfassungsänderungen ist das hier genannte Rechtsmittel in absolut keiner Weise zuständig.
- Insofern wird von Juristen in Nicaragua auch grundsätzlich bezweifelt, dass die Verfassungskammer überhaupt befugt

Erklärung katholischer Feministinnen (Auszug):

„In großer Eile und mitten in der Nacht nahmen sich einige ungerechte und abartige Richter das Recht, die Verfassung der Republik für verfassungswidrig zu erklären, um die aktuelle Präsidentschaft im persönlichen Interesse des Präsidenten und im Dienste seiner Partei (FSLN) zu verlängern.

Trotz allen Geldes, das wir mit unseren Steuern zahlen, haben sie unsere Bitte um Gerechtigkeit nicht gehört, die Artikel 143, 144, 148, 149 des neuen Strafgesetzes für verfassungswidrig zu erklären; diese Artikel verbieten den therapeutischen Schwangerschaftsabbruch, sie verurteilen die Frauen mit Gesundheitsproblemen zum Sterben und sie zwingen die Vergewaltigungsoffer dazu, gewaltsam erzeugte Schwangerschaften auszutragen.

Seit Oktober 2006 haben wir Frauen uns mobilisiert, haben versucht ihre Herzen zu erweichen, und wir haben aufgezeigt, wie viele Frauen hätten gerettet werden können, wenn sie die Möglichkeit zu einem therapeutischen Schwangerschaftsabbruch gehabt hätten. (...)

Wenn die Institutionen nur noch im Dienste einer Partei stehen, gibt es keinen Rechtsstaat mehr. (...)

Papst Johannes XXIII lehrt: ‚Die Herrschenden, die die Rechte der Menschen nicht achten oder sie verletzen, verletzen ihre eigenen Pflichten und niemand ist verpflichtet, ihren Anordnungen zu folgen‘ (Enzyklika *Pacem in terris*).

Wir **Katholikinnen für das Recht zu entscheiden** schließen uns dem Aufruf der Organisationen der Zivilgesellschaft an:

- Wir weisen das Urteil der Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofes zurück, weil es der Verfassung widerspricht und illegal ist;
- Wir weisen die Wiederwahl des Präsidenten und der Bürgermeister zurück, weil die Wiederwahl nicht zum Aufbau einer demokratischen Gesellschaft beiträgt;
- Wir rufen alle Christen dazu auf, sich am Widerstand gegen die Verfestigung einer neuen Diktatur in unserem Land zu beteiligen.“

war, dieses Verfahren zu eröffnen. Erst recht wird bestritten, dass ausgerechnet das Gericht, dessen Aufgabe der Schutz der Verfassung ist, diese partiell außer Kraft setzen darf. Dies wäre einzig und allein die Aufgabe des Parlamentes oder einer Konstituierenden Versammlung.

- Weiterhin bestreiten die sieben liberalen Richter des Obersten Gerichtshofes, dass form- und fristgerecht zur Sitzung der Verfassungskammer am 19. Oktober eingeladen worden war. Auch schon allein aus diesem Grunde sei das ganze Verfahren illegal und nichtig.

Ortega zufrieden

Noch am 19. Oktober titelt die Homepage von Präsident Ortega www.elpueblopresidente.com „Oberster Gerichtshof stellt das Recht des Volkes wieder her, seine Autoritäten frei zu wählen“. Es wird sich offen darüber gefreut, dass das seit 1995 in der Verfassung verankerte Verbot der Wiederwahl von Präsident und Bür-

germeistern gefallen ist. Der Vorsitzende der Verfassungskammer Rosales wird mit den Worten zitiert, dass es nach dieser Entscheidung „kein zurück“ mehr gebe. Der Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes, Rafael Solís, ebenfalls Unterzeichner des umstrittenen Urteils und wahrscheinlich sogar dessen geistiger Autor, erklärt in der Zeitung *La Prensa* vom 25. Oktober, der Präsident habe diesen Weg nun einmal gewählt, und daher mussten die Gerichtsinstanzen dann auch entsprechend handeln. Auf die Frage, ob der Oberste Gerichtshof überhaupt die Verfassung ändern darf, antwortet er, dass es sich hierbei keineswegs um eine Verfassungsänderung, sondern lediglich um eine Interpretation handle, die jedoch verbindlich gelte und unumstößlich sei.

Rechtsstaat in Gefahr

Bei den letzten Parlamentswahlen hatten Ortega und die FSLN nur 38 Prozent errungen. Daher braucht die Regierung im

Parlament die Stimmen der Liberalen, um Gesetze zu verabschieden, erst recht um die Verfassung zu ändern. Aber der Pakt zwischen dem ehemaligen Revolutionär Daniel Ortega (FSLN) und dem korrupten Liberalen Arnoldo Alemán (PLC, Liberal Konstitutionalistische Partei) hat insbesondere seit dem Wahlbetrug bei den Kommunalwahlen von vor einem Jahr tiefe Risse bekommen. Daher lag eine parlamentarische Mehrheit für eine Verfassungsänderung, die die Wiederwahl Ortegas erlaubt, in weiter Ferne. Nur vor diesem Hintergrund ist das juristische Abenteuer zu erklären, mit dem er nun versucht, eine weitere Periode Präsident zu bleiben.

vor den Wahlen wollte er 2006 die Kirche neutralisieren und so die Präsidentschaft erringen – was ihm auch gelang. Mit dem Wahlbetrug bei den Kommunalwahlen vom November 2008 machte er deutlich, dass er den Ausbau seiner Machtbasis auch in offener Verletzung bestehender Gesetze und mit Anwendung von Gewalt weiter verfolgt. Der jetzige Anschlag auf die grundlegendsten Gesetznormen des Landes zeigt, dass die Bevölkerung sich heute in Nicaragua auf keinerlei Rechtsstrukturen mehr verlassen kann.

Es bleibt im Moment nur zu hoffen, dass die vielfältigen Aufrufe zum friedlichen Widerstand einen tatsächlichen Wandel

EL NUEVO DIARIO
CON TODO EL PODER DE LA INFORMACION

Martes, 20 de octubre de 2009

Magistrados emboscan al país y abren reelección de Ortega

Obscenidad jurídica



EDITORIAL

La suerte está echada

DANCA ANTONIO S.

La decisión tomada por los personajes que gobiernan el país, de echar al cesto de la basura la Constitución de la República y autorizar la violación de la reelección presidencial, es el mayor atentado contra la paz social, desde que Anastasio Somoza Debayle hizo lo propio cuando finalizaba su primer periodo.

El procedimiento usado para invalidar lo que tanta sangre y sufrimiento le ha costado al pueblo nicaragüense a lo largo de su acamada historia, no merece siquiera analizarse.

Bastará el haberlo que sus actores largarán ante sus familias, ante su honor, ante

Marta Vasquez

- Recurso ante CSE, pese a TAM y luego a Sala Constitucional no sumó ni 24 horas entre viernes pasado y ayer lunes
- Solo integrada sólo por oteguistas dictó una resolución inválidando las producciones de reelección del art. 147 de la Constitución.
- Opiniones calificadas consultados por ENI dijeron que esto deja "chiquitos" a los tres Serranos

Francisco Rosales, ministro los el pacto reeleccionista. A la par, el magistrado Rafael Solís, respaldado por la voluntad del TSE.

„Rechtliche Obszönität“: Titel der Tageszeitung ‚El Nuevo Diario‘ am 20. Oktober

Mit diesem Coup hat Ortega zum dritten Mal in großem Stil deutlich gemacht, dass Recht und Gesetz von ihm nur so benutzt oder auch missachtet werden, wie sie seinem Machtanspruch nützen: Durch das totale Abtreibungsverbot wenige Tage

bewirken und nicht – wie zum Teil schon befürchtet – zu einer neuen blutigen Auseinandersetzung führen.

Matthias Schindler, 1. November 2009

2009 – Jubiläumsjahr in der Solidarität Hamburg - León

Seit 25 Jahren, seitdem 1983 die ersten Mitglieder von Solidaritätsbrigaden in das damals revolutionäre Nicaragua fuhren, gibt es eine reichhaltige und vielfältige Partnerschaftsarbeit von Menschen in den beiden Städten.

Offiziell wurden diese Beziehungen am 12. Mai gewürdigt, als die zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch zum 20-jährigen Bestehen der Städtepartnerschaft Hamburg-León zum Senatsempfang in das Rathaus lud. Dieser Jubiläumsfeier ging freilich die Absage der eigentlich zu diesem Anlass geplanten Konferenz der Partnerstädte in Hamburg voraus. Eine herzliche Feststimmung, wie man sie aus León gewohnt ist, wollte nicht aufkommen, zumal unsere Gäste aus Nicaragua nicht sehr zahlreich waren und es außer den Reden kein Rahmenprogramm gab. Auch Presse war praktisch nicht zu sehen, im Vorfeld war wohl nicht viel informiert worden.

Mit Recht würdigte Frau Goetsch den bewundernswerten Einsatz einiger bekannter Größen der „Nicaszene“, aber auch die kontinuierliche Spendenbereitschaft der Bediensteten der Stadt mit der „Restcentaktion“, die seit ihrem Bestehen die erstaunliche Summe von mehr als einer Million Euro erbracht hat oder die enorme Hilfe, die Hamburg nach dem Hurrikan Mitch geleistet hat. Sie bedankte sich für die kontinuierliche Arbeit verschiedener staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen, vereint im übergeordneten Koordinierungskreis, die bedeutend zur Entwicklung der Beziehungen zwischen den Menschen der beiden Städte und zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen in León beigetragen haben. Sei es auf dem Gebiet der Bildung - man denke nur an die vielen Schulpartnerschaften - des Jugendaustausches, der Straßenkinderprojekte, sei es im medizinischen Bereich, in der Infrastruktur

der Stadtteile, im Tourismus, in der Wirtschaft, in der Kultur und im Städtebau.



Unterzeichnung des Städterpartnerschaftsvertrages vor 20 Jahren zwischen den Bürgermeistern Luis Felipe Pérez Caldera (links) und Henning Voscherau (rechts), Hintergrund Mitte: Daniel Ortega

Stellvertretend für die Menschen in León sprach Bernarda López, die langjährige Vorsitzende der Lehrgewerkschaft ANDEN, ihren alle Anwesenden bewegendem Dank aus und betonte in ihrem Schlusswort auf die Zukunft gerichtet die Bedeutung des weiteren gemeinsamen Kampfes für eine bessere Welt.

Verena Maeffert

Kampf gegen das Verbot des medizinisch indizierten Schwangerschaftsabbruchs

Interview mit Marta María Blandón und Mayte Ochoa

Seit etwa drei Jahren ist in Nicaragua jede Art von Schwangerschaftsabbruch verboten, auch wenn durch die Schwangerschaft Leben und Gesundheit der Frau bedroht sind oder die Schwangerschaft aus einer Vergewaltigung resultiert. Ende Juli erschien nun der erschütternde Bericht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International zur realen Situation der Frauen. Amnesty hat sich damit in dieser Form zum ersten Mal zu Gesundheits- und reproduktiven Rechten geäußert, und führt das Thema als Teil der Kampagne ‚exige dignidad‘ (Würde einfordern) weiter.

Wir haben mit Mayte Ochoa (MO) und Marta María Blandón (MMB) von der ‚Strategischen Gruppe für Straffreiheit des the-



Die Frauenrechtsaktivistin Marta María Blandón bei einem Interview

rapeutischen Schwangerschaftsabbruchs‘ (Grupo Estratégico por la despenalización del Aborto Terapéutico) gesprochen, die sich in Zentralamerika für die Aufhebung des menschenverachtenden Verbots einsetzen. Ein totales Abtreibungsverbot herrscht auch in El Salvador, wo der Antritt der neuen Regierung Hoffnungen weckt. Und wie steht es damit in Nicaragua?

Nicaragua Verein (NV): *Es gibt immer wieder Stimmen, die behaupten, das Verbot des abortos terapéutico in Nicaragua habe überhaupt keine Konsequenzen für die Frauen dort: Schwangerschaftsabbrüche aus medizinischer Indikation (aborto terapéutico - AT) würden in der Praxis weiterhin durchgeführt, das Gesetz werde nicht angewendet: Bislang habe es nicht eine einzige Anklage wegen Durchführung eines AT gegeben.*

MMB: Sehen Sie, seitdem der AT unter Strafe gestellt wurde, gab es von der Exekutivgewalt, dem Präsidenten der Republik, dem Gesundheitsministerium und von hohen Funktionären immer sehr konfuse und widersprüchliche Äußerungen.

Es ist Glückssache, ob die Frauen in ihrer Notlage Hilfe bekommen oder nicht

Es gibt keine einheitliche Position, die Mediziner eine klare Orientierung geben könnte. Sie wissen nicht, wie sie vorgehen müssen, wenn zu ihnen Frauen kommen, deren Schwangerschaften mit hohem Risiko für Gesundheit und Leben verbunden sind. Wir wissen, dass viele Mediziner im Einklang mit ihrem ärztlichen Gewissen handeln und in solchen Situationen Schwangerschaftsabbrüche vornehmen.

Aber viele andere tun genau dies nicht. Die konfusen, doppeldeutigen Erklärungen von offizieller Seite führen dazu, dass der eine Arzt sie auf eine Weise, der andere sie auf andere Weise auslegt. Es ist also Glückssache, ob die Frauen in ihrer Notlage Hilfe bekommen oder nicht. Manche von ihnen müssen sterben, weil sie in die Hände von Medizinern fallen, die Angst vor der Strafverfolgung haben, kein Risiko eingehen wollen, und deshalb nichts tun.



Mayte Ochoa von der ‚Strategischen Gruppe für die Straffreiheit des therapeutischen Schwangerschaftsabbruchs‘

NV: *Wir haben auch schon von der Auffassung gehört, es gäbe unter den Frauen und in der Gesellschaft überhaupt kein Bewusstsein dafür, dass seit zwei Jahren ein Gesetz den AT unter Strafe stellt.*

MMB: Ich würde da keine so kategorische und allgemeine Behauptung aufstellen. Ich glaube, dass seit dem Verbot die meisten Leute sehr viel mehr darüber wissen, dass man mehr darüber spricht und es seitdem mehr Informationen, medizinische und auch juristische, über die

Umstände gibt, die einen AT nötig machen können. Aber natürlich gibt es Gegenden, weit von den Städten entfernt, wo es keine Zeitungen gibt, wo man weniger Fernsehen und kaum Radio hat. Dorthin gelangen Nachrichten über dieses Thema möglicherweise nicht mit derselben Intensität.

Im Allgemeinen aber wächst das Bewusstsein, dass es notwendig ist, die Straffreiheit des AT wiederherzustellen. Vor einigen Wochen führte die Zeitung ‚El Nuevo Diario‘, eine der beiden wichtigsten Zeitungen des Landes, aus eigener Initiative eine Online-Umfrage durch mit der Frage, ob die Leute der Ansicht seien, dass man das Gesetz ändern und zum AT zurückkehren müsse. Das überraschende Ergebnis war, dass über 75% derer, die spontan antworteten, diese Ansicht unterstützten. Das bedeutet, dass unsere Informations- und Sensibilisierungsarbeit Erfolg hatte, denn wenn dieselbe Umfrage vor zwei, drei Jahren durchgeführt worden wäre, wäre etwas ganz anderes dabei herausgekommen: kaum jemand kannte den Unterschied zwischen wahlfreiem Schwangerschaftsabbruch und Schwangerschaftsabbruch aus medizinischer Indikation. „Abtreiben heißt Töten“ hatte sich in den Köpfen festgesetzt, weil diese Kampagne der Abtreibungsgegner und der Kirchenhierarchie sehr stark war. Diese Situation hat sich seit 2007 doch sehr zugunsten einer Wiederherstellung des Rechts auf AT verändert.

Die ÄrztInnen können ihren Beruf nicht mehr frei ausüben

Was das Bewusstsein über den AT in der Ärzteschaft und beim medizinischen Personal angeht, so glaube ich, dass sie zumindest gut informiert sind. Sie haben Zugang zu Dokumenten und Medien und

viele ÄrztInnen und PflegerInnen sind auch Mitglieder in übergeordneten Gremien. Sie bekommen allerdings auch die schon erwähnten doppeldeutigen Informationen von offiziellen Stellen.

MO: Ja, und es ist ja gerade das medizinische Personal, das besonders betroffen ist: Das Verbot steht im Widerspruch zu den schriftlichen Handlungsanweisungen bei medizinischen Notfällen in der Schwangerschaft. Durch das Verbot des AT werden diese Handlungsvorschriften in Frage gestellt. Der Widerspruch kommt in der täglichen Arbeit zum Tragen, wenn

gergt wurde und welche Konsequenzen hatte das für die Frauen?

MO: Ich möchte Ihnen drei typische Beispiele nennen: Es gab in diesem Jahr einen Fall von einer Frau mit einem anenzephalischen Fötus, das heißt, beim Fötus wird das Gehirn nicht entwickelt, er ist deshalb nicht lebensfähig. Das war sicher, aber man nahm trotzdem keinen Abbruch vor. Die Frau musste diese Schwangerschaft austragen und leidet seitdem unter erheblichen psychischen Problemen. Für sie - eine Frau ohne Geld - kam nur eine Behandlung beim staatlichen Gesundheitsdienst in Frage.

Ein anderer Fall ist der einer jungen, schwangeren Frau mit Schilddrüsenüberfunktion, die gezwungen ist, täglich ein Medikament einzunehmen. Dieses Medikament kann den Fötus schädigen oder gar töten, andererseits stellt eine Schwangerschaft mit ihren hormonellen Umstellungen für sie ein lebensbedrohendes Risiko dar. Der staatliche Gesundheitsdienst hat eine Behandlung verweigert. Die einzige Möglichkeit für diese Frau, ihr Leben zu retten war ein Schwangerschaftsabbruch, und darum nahm sie Zuflucht zu einer Privatklinik, und dort rettete man sie.

Ein anderer Fall ereignete sich in León im Jahr 2007. Eine Frau hatte eine ektopische Schwangerschaft, also eine Schwangerschaft außerhalb der Gebärmutter. Bei ihr wurde kein Eingriff vorgenommen, sie starb in einem Krankenhaus in León.



Frauen fordern die Wiederherstellung des Rechts auf therapeutischen Schwangerschaftsabbruch

die Schwangerschaft ein großes Risiko für die betreffenden Frauen darstellt. Die ÄrztInnen können ihren Beruf nicht mehr frei ausüben, er steht in solchen Fällen ständig auf dem Spiel.

NV: Welche konkreten Fälle lassen sich beispielhaft nennen, in denen ein AT verwei-

Dies ist ein Gesetz, das vornehmlich mittellose Frauen diskriminiert

NV: Kann man aus diesen Fällen schließen, dass die Situation für Frauen ohne Geld eine ganz andere ist als für Frauen, die finanziell besser gestellt sind?

MO: Das haben wir immer wieder betont und das wird auch im Bericht von Amnesty International bestätigt: dies ist ein Gesetz, das vornehmlich mittellose Frauen diskriminiert, die auf den staatlichen Gesundheitsdienst angewiesen sind. Wir kennen nicht einen einzigen Fall, bei dem eine finanziell gut gestellte Frau sterben musste. Für einen rettenden Schwangerschaftsabbruch kann eine solche Frau in ein Land reisen, in dem der Abbruch legal ist, oder sie kann sich hier möglicherweise privat behandeln lassen.

MMB: Das ist der Grund, weshalb wir von einem sozial diskriminierenden Gesetz sprechen. Die soziale Ungerechtigkeit ist offensichtlich: wenn man sich die offiziellen Statistiken des Gesundheitsministeriums ansieht und genau betrachtet, welche Frauen gestorben sind, wo und warum sie gestorben sind, stellt man fest, dass auf jede gestorbene Frau aus der Stadt zwei Todesfälle in den ländlichen Gebieten kommen. Die Gegenden mit der höchsten Müttersterblichkeit sind die mit der größten Armut: Der Norden des Landes um Matagalpa und Jinotega und im Osten die Karibikküste. Hier gab es zusätzlich schon immer weniger medizinische Stationen mit wenig Personal und größere Schwierigkeiten bei den Kommunikations- und Verkehrswegen.

Obwohl es dem Gesundheitsministerium in der Vergangenheit gelang, die Müttersterblichkeit zu verringern und diese Zahlen in den Jahren 2007 und 2008 ungefähr auf demselben Niveau zu halten, ergaben sich hierzu im Jahre 2009 große Unterschiede: Wenn man die ersten 19 Wochen dieses Jahres mit demselben Zeitraum 2008 vergleicht, haben wir jetzt 33 Todesfälle im Vergleich zu 20 im vorigen Jahr. Diese Entwicklung halten wir für sehr besorgniserregend, deshalb haben wir beim Gesundheitsministerium Alarm geschlagen. Wenn keine entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden, wird sich

diese Tendenz fortsetzen und die Zahl der Toten könnte sich bis zum Jahresende sogar verdoppeln.

Obwohl wir keinen Zugriff auf alle notwendigen Krankendaten haben, um die Todesursachen genau zu untersuchen, können wir doch zu Recht vermuten, dass ein Eingriff wie der AT vielen dieser Frauen das Leben gerettet hätte. In mindestens 13 Fällen dieses Jahres sind wir nach Analyse der Todesumstände überzeugt, dass die Frauen eine sichere Überlebenschance gehabt hätten, wenn die Ärzte nicht die Behandlung verweigert hätten.

In der Mehrheit der Fälle mussten sie dabei Nachkommen zur Welt bringen, die zugleich ihre Geschwister sind

NV: *Das Verbot erstreckt sich auch auf Fälle, in denen Frauen nach einer Vergewaltigung schwanger wurden. In welchem Kontext steht das in Nicaragua und wie beurteilen Sie die Folgen für die Opfer?*

MMB: Die ‚Katholikinnen‘ für das Recht auf Entscheidung‘ haben vor einigen Wochen eine Auswertung aller Printmedienberichte vorgestellt, die sich auf sexuellen Missbrauch an Kindern und Jugendlichen beziehen. Die Daten ergeben ein wirklich grauenerregendes Bild: Wir mussten feststellen, dass 47% der Vergewaltigungsopfer Mädchen unter 13 Jahre waren.

Und weil das Gesetz nicht gestattet, solche Schwangerschaften zu unterbrechen, waren diese Mädchen, selbst noch Kinder, gezwungen, die Schwangerschaft auszutragen. In der Mehrheit der Fälle mussten sie dabei Nachkommen zur Welt bringen, die zugleich ihre Geschwister sind, weil sie

von ihren eigenen Vätern missbraucht worden waren. Die Folgen sind unheilbar und lebenslang, weil diese Mädchen schließlich für den Rest ihres Lebens den Beweis für den erlittenen Missbrauch und die Zerstörung der Familie ertragen müssen.

NV: *Das medizinische Personal wurde schon erwähnt, welche Auswirkungen hat das Verbot auf seine Arbeit?*



Präsentation des AI-Berichts zum totalen Abtreibungsverbot in Nicaragua in Anwesenheit der nicaraguanischen Aktivistinnen Marta María Blandón (rechts), Juanita Jiménez (dritte von rechts) und Azahálea Solís (dritte von links)

MO: Die ÄrztInnen stehen wirklich mit dem Rücken zur Wand: Wenn sie aus therapeutischer Indikation einen Abbruch vornehmen, können sie vor Gericht gestellt werden wegen Abtreibung und Verletzungen am ungeborenen Leben. Wenn sie es nicht machen, hält das gleiche Strafgesetzbuch einen Artikel bereit, der die unterlassene Hilfeleistung bestraft. Das medizinische Personal befindet sich also in einer komplizierten Situation, weil sie juristisch belangt werden können, was immer sie tun.

MMB: Ich glaube, es ist kein Zufall, dass seit etwa einem Jahr die Fälle von Anzei-

gen gegen Ärzte wegen Fahrlässigkeit stark angestiegen sind. Es gab in den Medien eine richtiggehende Explosion von Beschwerden über schlechte Behandlungen. Die Ärzte haben eine derartige Angst vor falschen Entscheidungen, dass sie im Zweifel lieber gar nichts machen. Sie können ihre Entscheidungen auch nicht unter bestmöglichen seelischen Bedingungen treffen, weil ihnen die Sicherheit genommen wurde, dass sie in Übereinstimmung mit ihrem medizinischen Wissen und der medizinischen Ethik handeln können. Diese Verunsicherung bewirkt, dass es schon zu Fehlentscheidungen bei Schwangeren mit egal welcher - also auch geringer - Komplikation kommt.

MO: Es kommt sogar vor, dass Frauen von den ÄrztInnen an wenig qualifiziertes Personal weitergeleitet werden, um nicht selbst die Verantwortung für eine Entscheidung übernehmen zu müssen. Das ist eine sehr ernste Situation.

NV: *Im Bericht von Amnesty International wird das Verbot des AT auch mit einem Anstieg der Selbstmordrate bei jungen schwangeren Frauen in Zusammenhang gebracht.*

MMB: Dahinter steckt ein Phänomen, das wir auch vor dem Verbot des AT schon beobachtet haben. Viele junge Frauen suchen nach jeder Möglichkeit, um eine unerwünschte Schwangerschaft zu beenden. Dabei greifen gerade die Frauen in den erwähnten ärmsten Gegenden des Landes zu jedem Mittel. In vielen Fällen nehmen sie Gift ein, das auf dem Feld zur Insektenbekämpfung eingesetzt wird. Weil sie die Dosierung nicht einschätzen können, sterben sie daran, obwohl es eigentlich ihre Absicht war, die Schwangerschaft abzubringen. Sie werden nicht in der Statistik der Todesfälle von Schwangeren geführt sondern unter den Todesfällen mit Gewalteinwirkung, auch dann, wenn eine genauere Untersuchung ergibt, dass sie schwanger waren.

Frauen nehmen wegen des Verbots zunehmend zu gefährlicheren Lösungen Zuflucht

MO: Hierzu lässt sich allgemein sagen, dass Frauen wegen des Verbots zunehmend zu gefährlicheren Lösungen Zuflucht nehmen. Wenn dann ein versuchter Schwangerschaftsabbruch zu Blutungen oder schweren Infektionen führt, sind die Frauen extrem gefährdet. Denn auch in solchen Fällen hält die Furcht vor Strafverfolgung die Krankenhausärzte davon ab, Hilfe zu leisten.

Ein Argument, das man damals verwendet hat, um das Verbot des AT zu rechtfertigen, und das immer noch gebraucht wird ist, dass man die freiwilligen Schwangerschaftsabbrüche verhindern wolle. Das aber hat das Verbot nicht bewirkt, sondern wie wir vorher sagten, erhöht sich jetzt die Müttersterblichkeit.

Wenn jemand leugnet, dass das Verbot Auswirkungen auf die Situation der Frauen in Nicaragua hat, soll er sich einmal die offizielle Statistik des Gesundheitsministeriums über die Müttersterblichkeit anschauen. Da wird er die ganz reale Auswirkung der herrschenden Gesetzeslage finden.

NV: *Im Bericht von Amnesty International wird auch gefordert, dass die Verfolgung der MenschenrechtsaktivistInnen, die das Recht auf AT verteidigen, aufhören muss. Wie ist Ihre Einschätzung zur Situation der AktivistInnen?*

MMB: Allgemein war meiner Ansicht nach in der Vergangenheit die Haltung von Funktionären der Regierungspartei und von manchen, teilweise sehr rechts ausgerichteten Abgeordneten, stark durch Herabwürdigung und direkte Aggression gegen die Aktivistinnen geprägt. Vor allem zwischen 2006 und 2007 gab es diese

herabwürdigende Bekämpfung in den gedruckten Medien, dem Fernsehen, eingeschlossen die offiziellen Medien der FSLN wie ‚Radio Ya‘, ‚Canal 4‘ oder der Zeitschrift ‚19‘. Da wurden wir dargestellt als Bestechen oder als Mörderinnen. Es erschienen Karikaturen von Feministinnen mit blutbefleckten Dollarnoten. Das war eine entwürdigende Kampagne, ganz widerwärtig, bösartig und brutal. Aber dann haben sie, denke ich, erkannt, dass das ein Fehler war und haben die Heftigkeit zurückgefahren. Jetzt hört es sich schon anders an, eher versöhnlich, eher mit diesen doppeldeutigen Äußerungen, von denen ich vorhin gesprochen habe, dass einerseits das Verbot unter allen Umständen bestehen bleiben soll, damit es keinen Streit mit den Kirchenoberen gibt, andererseits aber das Leben der Frauen gerettet werden muss.

Es gibt also nicht mehr so viele Angriffe gegen Personen, die das Recht auf AT einfordern. Ich persönlich bin überzeugt, dass der Druck auf die Regierung, der auf verschiedenen Ebenen aufgebaut wurde, bewirkt hat, dass die Intensität der Verfolgung abgenommen hat: Der internationale Druck von Seiten der sogenannten Geberländer, von Seiten bedeutender Menschenrechtskomitees und besonders die Tatsache, dass sich eine Bewegung unter den Frauen gebildet hat, die dieses Thema auf die Tagesordnung der Partei gebracht hat, die sich als Partei der Armen bezeichnet, als ‚links‘, als fortschrittlich...

MO: Dennoch ist es wichtig zu erwähnen, dass die Anklage, zum Beispiel gegen neun Verteidigerinnen der Menschenrechte, die 2007 eingereicht wurde, bislang nicht zurückgenommen wurde, sondern die Staatsanwaltschaft sie weiterhin als Druckmittel verwendet, etwa in diesem Sinne: ‚Falls Du den Mund aufmachst, holen wir die Anklage wieder hervor‘. Es ist im Moment zwar ruhig, aber die Bedrohung durch die Staatsanwaltschaft bleibt.

NV: Welche Aktivitäten für die Wiederherstellung des Rechts auf AT gibt es zurzeit?

MMB: Sehen Sie, wir haben faktisch alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft. Wir haben die Klage wegen Verfassungsbruch eingereicht, wir haben unsere Beweisführung dargelegt vor dem Obersten Gerichtshof, an dem es nun läge, eine Entscheidung zu fällen. Wir haben unsere Beweise vor Internationalen Komitees dargelegt, damit sie Empfehlungen an den Gerichtshof aussprechen. Wir haben verschiedene Organisationen bei der Erstellung von Berichten begleitet, wie Amnesty International oder Human Rights Watch. All dies mit demselben Ziel, die reale Lage darzustellen.

Das Verbot des AT wird als Druckmittel gegenüber der Kirche verwendet

Allerdings sind wir uns absolut sicher, dass die Abschaffung des Gesetzes nicht als Thema der öffentlichen Gesundheit oder als Menschenrechtsthema behandelt wird, sondern dass das Verbot des AT als Druckmittel der beiden großen politischen Parteien gegenüber der Kirche bestehen bleiben soll. Kurz gefasst heißt das: Das

Leben der Frauen wird als Druckmittel bei Verhandlungen für andere Interessen eingesetzt, die als vorrangig für die Nation erachtet werden. Wir glauben, dass uns in diesem Moment nichts anderes übrig bleibt, als uns auf die internationale Ebene zu begeben, um die Wiederherstellung von Gerechtigkeit einzufordern...

Wir haben keine übertriebenen Hoffnungen, dass sich die Situation ändern wird, weil auch die politischen Akteure, ja das ganze klientelistische System sich ändern müsste, und das wird nicht passieren! Wir machen also weiter mit der Aufklärung und Sensibilisierung über dieses Thema und mit den Klagen vor Gericht.

So werden wir auch diesen 28. September wieder einen Mahnposten vor dem Gericht bilden, um zu fordern, dass die Richter ihre Arbeit machen, dass sie ihre Pflicht erfüllen, dass sie einen Urteilspruch fällen. All dies aber hauptsächlich mit dem Ziel, das Thema in der öffentlichen Diskussion zu halten. Wir glauben nicht recht, dass diese Aktion einen direkten Einfluss auf die politische Klasse haben wird.

MO: Das Leben der Frauen hängt vom politischen Willen ab. Da gibt es vorerst keine Hoffnung.

*Das Interview führte: Alexander Laarmann
Managua im September 2009*



„Über mein Leben entscheide ich,
nicht die Regierung,
nicht die Kirche!
Ja zum Schwangerschaftabbruch
aus medizinischer Indikation!“

Bilanz nach zweieinhalb Jahren Ortega-Regierung: Wie positioniert sich die Nicaragua- Solidarität in Deutschland?

Nicaragua Tagung in Kassel am 12. und 13. Juni 2009

Ein bundesweites Treffen von Nicaragua-Engagierten und Interessierten hat es lange Zeit nicht gegeben – und das, obwohl nach wie vor viele Gruppen und Initiativen, Personen aus Wissenschaft und Journalismus zu Nicaragua arbeiten. Das ‚Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen‘ und das ‚Freiwilligen Netzwerk Nicaragua‘ füllten mit dieser Tagung offensichtlich eine Lücke, wie sich am regen Austausch unter den interessierten TeilnehmerInnen an den zwei Tagen im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Kassel ablesen ließ. Auf das Podium geladen waren fachkundige Journalisten, StudentInnen und WissenschaftlerInnen, VertreterInnen von NGOs und des BMZ, langjährige AktivistInnen aus der Nicaragua-Solidarität, die ihre Themen in Kurzreferaten darstellten oder auch Stellung bezogen.

Die Veranstaltung stand unter dem Titel **„Der ‚neue Sandinismus‘ in Nicaragua: Autoritärer Selbstbedienungsstaat oder neues Entwicklungsmodell?“** – damit war die Bewertung der zweiten Regierungszeit Daniel Ortegas im Untertitel also noch ganz offen gehalten. Im Verlauf der Veranstaltung fand sich allerdings keine Position, die hier ein positives ‚neues Entwicklungsmodell‘ erkennen konnte – auch bei näherer Betrachtung der Maßnahmen zugunsten der Armutsbekämpfung nicht. Eher verspürte man große Enttäuschung über die FSLN, die einstmals die Revolution und ihre Ideale verkörperte, und es äußerte sich verschiedentlich eine schon lange angestaute Verärgerung.

In seinem Eröffnungswort stellte **Andreas van Baajen** vom Entwicklungspolitischen Netzwerk Hessen kritische und provozierende Thesen zu einer Demokratisierung Nicaraguas nach westlichem Muster vor: es habe in Nicaragua keinen

wesentlichen Fortschritt bei der Demokratisierung seit dem Sturz der Diktatur gegeben, noch gebe es Kräfte, die für die Realisierung einer Demokratie nach westlichem Muster eintreten würden: Ohne eine Umstrukturierung des gesamten politischen



Unter anderen auf dem Podium:
Ralf Leonhard, Stefan Peters und
Klaus Meschkat (von links nach rechts)

Systems seien somit keine Voraussetzungen für Demokratie gegeben.

Im weiteren Verlauf des Freitagnachmittags ging es dann um Überblicksthemen in Form von halbstündigen Referaten mit anschließendem Kommentar. Insgesamt war für die gesamte Veranstaltung die Vielzahl der Themen und ihre rasche Abfolge kennzeichnend, so daß hier nur die wichtigsten Thesen genannt seien.

Ein Blick des Journalisten **Ralf Leonhard** auf die Geschichte des Sandinismus machte die Unklarheit des Begriffes ‚Sandinismus‘ deutlich. Er umfasse den Antiimperialismus und ein auf sozialer Gerechtigkeit basierendes Gesellschaftsmodell, stehe aber nicht in direktem Zusammenhang mit sozialistischer Ideologie. Aus seiner Frühzeit sei dem Sandinismus eine starke militärische Komponente eigen, wesentlich sei ihm aber dennoch ein sehr humanes Weltbild verbunden mit Offenheit. Vom ursprünglichen Ziel der Heranbildung eines ‚neuen Menschen‘ sei heute nicht mehr viel zu verspüren.

Das Präsidentenpaar erscheint wie eine Karikatur des lateinamerikanischen Führerkults

Klaus Meschkat von der Universität Hannover hob in seinem Kommentar dazu hervor, wie die FSLN Ortegas sich recht inhaltsleer und ohne interne Diskussion nur auf ihre traditionelle Rhetorik stütze und das Präsidentenpaar sich selbst zwar in eine Reihe neben die fortschrittlichen Regierungen in Lateinamerika stelle, aber eher wie eine Karikatur des lateinamerikanischen Führerkults erscheine. Die unterdrückte Diskussion in der FSLN degradiere die Basis zum Befehlsempfänger.

Nach dem Muster einer sozialistischen Einheitspartei werde die unkontrollierte Machtausübung einer Minderheit mit einer instrumentalisierten Basisdemokratie - repräsentiert durch die der FSLN angegliederten CPC (‚Räte der Volksmacht‘) - gerechtfertigt.

In der anschließenden Diskussion wurde angemerkt, dass durch die in Nicaragua herrschende parteipolitische Polarisierung auch keine Öffentlichkeit als Raum für Diskussionen zustande komme.

Das Referat von **Wolfram Klein** vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) warf einen Blick auf die Regierung Ortega aus Perspektive der staatlichen bundesdeutschen Entwicklungszusammenarbeit und stellte die Reibungspunkte heraus. Das Verhältnis sei negativ geprägt unter anderem durch die Streichung der Hilfgelder für den Staatshaushalt im Jahr 2007, eine Reaktion auf das Verbot des medizinisch indizierten Schwangerschaftsabbruchs (aborto terapéutico) in Nicaragua. Heftigen Widerspruch aus dem Publikum erntete seine Bemerkung, das totale Verbot des Schwangerschaftsabbruchs werde in Nicaragua etwa im Gegensatz zu El Salvador nicht durchgesetzt und habe darum kaum Konsequenzen für die Frauen. Das ließe sich schon daran erkennen, daß noch keine Frau wegen Abtreibung vor Gericht kam. (Zur hoch prekären Lage schwangerer Frauen in Nicaragua siehe auch unser Interview in diesem Heft mit Marta María Blandón und Mayte Ochoa, S. 14 ff)

In ihrem Kommentar ging **Anke Butscher** unter anderem auf die Unsinnigkeit von Budget-Hilfe, also Unterstützung in Form von Zahlungen in den Staatshaushalt, ein.

Rudi Kurz vom Nicaragua-Forum Heidelberg hielt den letzten Vortrag des Nachmittags über verschiedene gesell-

schaftliche Akteure in Nicaragua vom Unternehmerverband bis zu sozialen Bewegungen.

In seinem Kommentar stellte unser Vereinsmitglied **Matthias Schindler** einerseits die Frage, inwiefern die FSLN-Regierung selbständige Entwicklung, Mobilisierung und Organisation unterstütze oder eben nicht: am Beispiel des AT-Verbots werde deutlich, wie jede Diskussion in der FSLN-Basis unterdrückt werde. Andererseits sei zum Vorwurf Ortegas der ‚Einmischung in die inneren Angelegenheiten Nicaraguas‘ gegenüber kritischen Stimmen aus dem Ausland zu bedenken, wie die Beziehung der internationalen Solidaritätsbewegung zu Nicaragua sich denn historisch entwickelt habe: die Solidarität wurde ursprünglich ins Land gerufen, in erster Linie zur politischen Unterstützung, etwa im Falle der Solidaritätsbrigaden. Erst daraus sei dann die ökonomische Unterstützung erwach-

sen. Heute fordere die FSLN-Spitze zwar einerseits die Fortsetzung der ökonomischen Unterstützung, lehne aber politische Positionierung zu seiner Politik ab.

Viel Raum für Gespräche und neue Kontakte

Nach dem gemeinsamen Abendessen ließ Gesang mit Gitarrenbegleitung von Daniel Ullóa den offiziellen Teil des Abends ausklingen. Darum herum viel Raum für Gespräche und neue Kontakte.

Überwältigend war die hohe Zahl an jungen Menschen unter den TeilnehmerInnen, die großenteils für das ‚weltwärts‘-Programm des BMZ angemeldet waren und vor ihrer ersten Reise nach Nicaragua standen. Die Tagung war forma-



Gefüllter Saal bei der Tagung in Kassel

ler Bestandteil der Vorbereitung auf den Nicaragua-Einsatz und sicher eine hervorragende Möglichkeit, sich von hier aus einen Überblick über die aktuelle Situation zu verschaffen.

Von der angebotenen Möglichkeit, in der Kasseler Jugendherberge zu übernachten machte die überwiegende Mehrheit der TeilnehmerInnen Gebrauch, für manche das erste Mal seit beträchtlicher Zeit. Die Organisationsgruppe leistete nervliche Schwerarbeit, um die jüngere und ältere Jugend auf die Zimmer der Herberge zu verteilen. Dort hielt es allerdings die meisten nicht lange, viele folgten noch dem Ruf der Nacht, was ihnen anderntags aber dennoch kaum anzumerken war.

Am Haupttag der Veranstaltung waren verstärkt auch jüngere ReferentInnen auf dem Podium vertreten. Er war drei Themenkomplexen gewidmet und bestimmt durch eine schnelle Abfolge von 15minütigen Beiträgen, die zumindest meine Fähigkeit zur Konzentration stark forderte. Da empfand ich es als sehr angenehm, dass bisweilen technische Probleme kleinere Zwangspausen verursachten...

Im ersten Themenblock über Außen- und Handelspolitik und internationale Kooperation ging es zunächst um die Rolle Nicaraguas zwischen dem US-dominierten Wirtschaftsbindnis CAFTA auf der einen Seite und dem vom venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez initiierten Alternativmodell ALBA. Von der Teilhabe an CAFTA hätten bislang nur große Exportfirmen profitieren können, weil eine Teilhabe am US-Markt für kleinere Unternehmen unter anderem wegen der unerfüllbaren Standards bei Lebensmitteln ausgeschlossen ist. Es gebe andererseits große Befürchtungen, daß die einheimische Agrarproduktion wegen der Importkonkurrenz leiden und die Nahrungssouveränität in Gefahr geraten wird. Gleichzeitig ist Nicaragua allerdings auch Mitglied im alternativen lateinamerikanischen Wirtschaftsbindnis ALBA: Die praktische Bedeutung dieses Alternativmodells für die Wirtschaft in Nicaragua reiche bislang nicht an seinen politischen Anspruch heran, es handele sich im Wesentlichen um einseitige Unterstützung Nicaraguas durch Venezuela.

Thema des nächsten Beitrags waren die Verhandlungen über ein Assoziierungs-

TeilnehmerInnen bei der Kaffeepause



abkommen zwischen Europäischer Union und Nicaragua: das ungleiche Abkommen sichere die ökonomischen Interessen der EU zu Lasten Zentralamerikas unter dem Deckmantel von Entwicklungszusammenarbeit, ein Resultat der aggressiven, expansiven Handelsstrategie der EU. Ein bisher in Lateinamerika vorhandener ‚Vertrauensvorschuss‘ der EU werde so verspielt. Europa sei in den 80er Jahren hauptsächlich über die Entwicklungszusammenarbeit wahrgenommen worden und nicht wie die USA durch Militärinterventionen.

Wandel in der Solidaritätsarbeit vom großen revolutionären Projekt zu Basisorganisationen

Der anschließende Beitrag hatte nur zu einem Teil Bezug zum übergeordneten Wirtschaftsthema: **Karsten Hackländer** vom Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal fasste selbstkritisch die Geschichte der Solidaritätsarbeit des Infobüros zusammen, die ursprünglich immer auf die FSLN als der ‚personifizierten‘ Revolution bezogen gewesen sei.

So habe es auch z. B. direkte Geldüberweisungen an die FSLN gegeben, ohne dass Rechenschaft über die Verwendung der Gelder eingefordert worden sei. Während in den 80er Jahren der Schwerpunkt auf der Stärkung der Wirtschaft in Nicaragua und der Unterstützung des ‚großen revolutionären Projekts‘ gelegen habe, wandelte sich die Form des Engagements mit Beginn der 90er Jahre hin zur Zusammenarbeit mit kleineren Basisorganisationen und Initiativen. Die Zusammenarbeit mit einigen dieser Organisationen dauere schließlich bis heute in Form von langfristigen Partnerschaften an.

In der Diskussion schloss sich daran ein Beitrag von **Willi Volks** vom INKOTA-Netzwerk über die Nicaragua-Solidarität in der ehemaligen DDR an: die offizielle staatliche Unterstützung beschränkte sich hauptsächlich auf das ehemalige Karl-Marx-Krankenhaus in Managua, während etwa zwölf unabhängige Solidaritätsgruppen, darunter auch die Städtepartnerschaft Jenas mit San Carlos, gegen alle staatlichen Widerstände und allen wirtschaftlichen Beschränkungen zum Trotz versuchten, selbstorganisiert Unterstützung für Nicaragua zu leisten.

Der zweite Themenblock war den Sozialprogrammen der Ortega-Regierung gewidmet. Nach einem beschreibenden Überblick stellte **Brigitte McBain-Haas** von der Organisation FIAN, die sich für das Menschenrecht auf Ernährung einsetzt, die Ergebnisse ihrer Untersuchung des Null-Hunger-Programms vor, Kernstück der Sozialprogramme. Das Null-Hunger-Programm unterstützt Familien auf dem Lande durch Bereitstellung von Saatgut, Vieh und Beratungsleistung. Das Fehlen von Kriterien für die Auswahl der Begünstigten und Verteilung über die FSLN-Strukturen der CPC öffne Raum für klientelistische Instrumentalisierung, das Programm erscheine wenig nachhaltig und zudem würden die Zulassungsvoraussetzungen, etwa ein Mindestbesitz von Land, die extrem Armen von der Unterstützung ausschließen.

In der Diskussion wurde neben anderem kritisiert, dass die assistenzialistischen Sozialprogramme die Menschen zu Bittstellern herabwürdigten.

Nach dem Mittagessen verteilten sich die Anwesenden auf Gruppen-Workshops zu so unterschiedlichen Themen wie ‚Genderbasierte Gewalt in Nicaragua‘, ‚Politisch emanzipative Hilfe in Nicaragua heute‘, ‚Programm Null-Hunger‘, ‚Naturheilkunde in Nicaragua‘ und ‚Soziale Bewegungen‘.

Großen Zulauf hatte der Workshop zu den Möglichkeiten politisch emanzipativer Hilfe im heutigen Nicaragua, der von **Dieter Müller**, Vertreter von medico international, geleitet wurde. Er berichtete dort von der psychosozialen Arbeit des Centro Antonio Valdivieso, das versucht, den Menschen durch Aufarbeitung der vielfältigen traumatischen Erfahrungen wie Bürgerkrieg, Naturkatastrophen, Vergewaltigung einen Weg zu persönlicher Souveränität als Grundlage für Emanzipation zu eröffnen.

Im dritten und letzten Themenblock stand die Situation des Rechtsstaats in Nicaragua auf dem Programm.

Zunächst war der Pakt zwischen Ortega und Alemán Gegenstand der Analyse von **Abelardo Baldizón** von der Universität Bremen, der bereits einige Vorläufer hatte: gemeinsam sei dieser ‚Pakt-Tradition‘ in Nicaragua, dass sie nie ideologisch begründet, sondern durch machtpolitische Erwägungen bestimmt seien. Die paktierenden Parteien FSLN und PLC haben zu ihrem Machterhalt das Wahlsystem reformiert und alle Institutionen zwischen sich aufgeteilt. Die vormalige Polarisierung FSLN-PLC wurde in die Polarisierung Pakt-Antipakt gewandelt, was Ortegas Sieg bei den Wahlen durch Zersplitterung der anderen Seite ermöglicht hat.

Thema des folgenden Beitrags von **Annika Oettler** von der Universität Marburg war das Verhältnis der Frauenbewegung zur Regierung des Präsidentenpaares Ortega-Murillo. Die Frauenbewegung in Nicaragua ist Ziel von beständiger Repression und Verfolgung durch die Regierung. Ortega versucht sich durch diese Angriffe davor zu schützen, wegen der jahrelangen Vergewaltigung seiner Stieftochter zur Rechenschaft gezogen zu werden. Im lateinamerikanischen Ausland haben ihn Proteste der internationalen Frauenbewegung bereits isoliert. Seine Frau Rosario Murillo unterstützt ihn, den Vergewaltiger

ihrer eigenen Tochter, gegen die Frauenbewegung, indem sie einen ‚guten‘ Feminismus auf Parteilinie konstruiert, um so die Aktivitäten der Frauenbewegung als von fremden Mächten gekaufte Destabilisierungskampagne zu diffamieren.

Jugendbanden werden für Angriff auf Oppositionelle instrumentalisiert

Im letzten Vortrag der Veranstaltung erläuterte der Wissenschaftler und Kinderrechtsexperte **Manfred Liebel** die Auswirkungen der Ortega-Regierung auf die Situation der Kinder in Nicaragua: das Hilfsprogramm ‚Amor‘ (Liebe) ziele dem Namen nach auf die Unterstützung der Straßenkinder in Managua, liefere aber faktisch den Rahmen für Polizeirazzien gegen Straßenkinder unter Leitung des Familienministeriums. Im Bildungsbereich gebe es neben manchen Verbesserungen allerdings kein Anknüpfen an Konzepte aus der Revolutionszeit, emanzipatorische Ansätze würden eher bekämpft als gestärkt. Eine besonders negative Rolle spiele die Instrumentalisierung krimineller Jugendbanden für den Angriff auf Oppositionelle. Die Banden würden von Regierungsseite bewaffnet und die Glorifizierung von Gewalt habe viele in der Vergangenheit erreichten Fortschritte bei der Kinder- und Jugendarbeit wieder zunichte gemacht.

In einer abschließenden Diskussionsrunde gab es neben viel Lob für die Organisationsgruppe der Tagung auch die Anmerkung, das nächste Mal noch mehr Menschen aus Nicaragua als nur zwei auf dem Podium zu beteiligen, um mehr mit Nicaragua statt nur über Nicaragua zu reden. Und auf das nächste Mal sind wir schon wieder sehr gespannt!

Alexander Laarmann

Unglaubliche Nachrichten aus Nicaragua

Präsident Ortega gegen Parteienpluralismus

Im April 2009 wurde auf einer Sitzung des Hamburger Koordinationskreises Nicaragua darüber berichtet, dass Präsident Ortega sich inzwischen gegen den parteipolitischen Pluralismus und für ein Ein-Parteien-System ausgesprochen hat. Diese unglaubliche Nachricht provozierte heftige Nachfragen, ob dies nicht nur ein weiteres Element der nicaraguanischen oder internationalen rechten Presse sei, um die aktuelle Regierung Nicaraguas zu diskreditieren?

Kurz vor den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der sandinistischen Revolution am 19. Juli 2009 kommt Nicaragua international wieder etwas mehr ins Blickfeld als in den vergangenen zehn oder fünfzehn Jahren. Die Reste der in den 80er Jahren sehr breiten Solidaritätsbewegung mit Nicaragua versuchen sich neu zu positionieren. Dabei haben sich die politischen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren erheblich verändert.

Neue Verhältnisse in Lateinamerika

In Lateinamerika sind inzwischen in fast allen Ländern linke oder gemäßigt linke Präsidenten und Regierungen gewählt worden; mit dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez an der Spitze hat sich der Wirtschaftsblock ALBA als Alternative zum neoliberalen Wirtschaftsmodell gebildet; in den USA hat Barack Obama die Präsidentschaft übernommen und verbreitet die Hoffnung auf eine neue und positivere Rolle seines Landes in der Weltpolitik. In Nicaragua selbst ist nach drei neolibe-

ralen Regierungen (1990 bis 2007) seit gut zwei Jahren wieder die FSLN unter Daniel Ortega an der Macht; es gibt breit angelegte – hauptsächlich durch Venezuela finanzierte – Sozialprogramme im Bereich der Bildung, des Gesundheitswesens, der kleinen Produzenten, des Häuserbaus; andererseits werden politische Parteien verboten; die freie Meinungsäußerung wird teilweise gewaltsam unterdrückt; bei den Kommunalwahlen vom November 2008 kommt es zu massiven Fälschungen zu Gunsten der FSLN.

Im Gegensatz zu vielen anderen Präsidentinnen und Präsidenten Lateinamerikas wurde Ortega nach seiner erneuten Amtsübernahme mehr als zwei Jahre lang nicht



Im Gegensatz zu Hugo Chávez hat Daniel Ortega keine demokratische Mehrheit hinter sich.

von Fidel Castro empfangen – vermutlich, weil insbesondere die frauenfeindliche Abtreibungsgesetzgebung und das politische Bündnis mit dem rechten und korrupten Ex-Präsidenten Arnoldo Alemán in Kuba recht kritisch beurteilt wurden. Im April dieses Jahres kam es endlich zu dem von Ortega lang ersehnten Gespräch mit Fidel. Kurz darauf hatte Ortega am 22. April einen ausführlichen Fernsehauftritt im kubanischen Fernsehen, bei dem er sich folgendermaßen mit dem parteipolitischen Pluralismus auseinandersetzte:

Originalton Ortega

„... da haben wir den tieferen Punkt der Debatte über die so genannte Demokratie in Lateinamerika und in der Karibik, in der man die kubanische Demokratie nicht anerkennen will. In Kuba gibt es Demokratie! Und zwar eine Demokratie, in der man das Volk nicht trennt. Denn die Demokratien, die man uns aufgezwungen hat, förderten in dem Moment, in dem man die Parteien förderte, auch die Spaltung der Völker, eine Spaltung die sogar dazu geführt hat, dass es zu Kriegen zwischen Parteien kam. Die Geschichte Lateinamerikas ist voll von Kriegen zwischen Parteien (...), einfach deshalb, weil diese die Befehlsempfänger des Imperiums waren, eines Imperiums, das sagt, dies ist die Demokratie, und so soll es sein.“

Der Parteienpluralismus ist nichts weiter als ein Mittel, um die Nation auseinander zu reißen. Dies ist der Parteienpluralismus: auseinander reißen, sich der Nation entgegen stellen, die Nation spalten, unsere Völker spalten. Kuba hat ein Modell, wo man das kubanische Volk nicht spaltet zwischen rot, gelb und orange, nein, es ist einfach das kubanische Volk, seine Staatsbürger, ohne diese parteipolitischen Fahnen und ohne diese Kampagnen, in denen die Interessen des großen Kapitals eine

Rolle spielen. Es ist das kubanische Volk, das seine Autoritäten wählt, ohne die schrillen Seiten der Wahlen in den bürgerlichen Demokratien, die der Westen uns aufgezwungen hat.“

Dies sind interessante Worte von einem Präsidenten, der in den 80er Jahren eben-



„Wir sind frei – niemals werden wir Sklaven sein“ Parole der FSLN in den 80er Jahren

falls als Präsident noch den „politischen Pluralismus“ – neben der „gemischten Wirtschaft“ und der „Blockfreiheit“ – als eine der drei tragenden Säulen des sandinistischen Regierungsprojektes propagierte. Es war nicht in erster Linie die Armut sondern die politische Unterdrückung, die das Volk gegen die Somoza Diktatur aufgebracht hatte. Politische Freiheiten, freie Meinungsäußerung, Organisationsfreiheit für die kleinen Bauern, für die Frauen und Studenten, Gewerkschaftsfreiheit für die Arbeiter auf dem Lande und in der Stadt, Pressefreiheit, Demonstrationsfreiheit, freie Parteienbildung, ... dies waren die Forde-

rungen und die Hoffnungen, die 1979 zum Sturz Somozas führten und die die Sandinistische Befreiungsfront FSLN durch einen Volksaufstand an die Macht brachten.

Andere Unglaublichkeiten

Aber außer der Abkehr Ortegas vom „politischen Pluralismus“ gibt es viele weitere Nachrichten aus Nicaragua, die einfach unglaublich klingen, wenn man sie das erste Mal hört.

Kann es zum Beispiel sein, dass der Vorsitzende der FSLN Daniel Ortega das Zentralbüro seiner Partei in seinem Privathaus einrichtet und als er erneut Präsident wird, den Präsidentensitz gleich noch mit dazu?

Kann es sein, dass die Hilfe Venezuelas für Nicaragua in Millionenhöhe über eine private Organisation läuft und nicht durch das Parlament kontrolliert wird?

Kann es sein, dass der Bürgermeisterkandidat der FSLN für die zweitgrößte Stadt des Landes an einer Straßenblockade teilnimmt und mit einem Knüppel bewaffnet gegen die Polizei vorgeht, die eine angemeldete und genehmigte Demonstration schützen will?

Kann es sein, dass 600.000 Dollar Drogengelder im – von der FSLN kontrollierten – Obersten Gerichtshof Nicaraguas spurlos verschwinden ohne dass irgendwelche rechtlichen oder personellen Konsequenzen daraus folgen?

Kann es sein, dass die FSLN mit dem totalen Abtreibungsverbot einem der reaktionärsten Abtreibungsgesetze weltweit in Nicaragua zum Durchbruch verholfen hat?

Kann es sein, dass Dissidenten der eigenen Partei unterdrückt und sogar mit dem Tode bedroht werden, während die FSLN

mit der korrupten Rechten von Arnoldo Alemán in einem politischen Pakt verbunden ist?

Kann es sein, dass der Mörder des Journalisten Carlos José Guadamuz – eines früheren engen Freundes und später heftigen Kritikers von Ortega – nach der Übernahme der Präsidentschaft durch Ortega trotz seiner Verurteilung zu einer langjährigen Haftstrafe auf freien Fuß gesetzt wird?

Kann es sein, dass im offenen Verstoß gegen die Wahlgesetzgebung des Landes bis heute, also bis sechs Monate nach den Kommunalwahlen, die Ergebnisse aller Wahllokale immer noch nicht vollständig veröffentlicht sind und somit eine Überprüfung des offiziellen Wahlergebnisses immer noch nicht möglich ist?

Kann es sein, dass Ortega eine Verfassungsänderung anstrebt, die ihm – und damit auch allen seinen Nachfolgern – die Wiederwählbarkeit ermöglicht?



Im ehemaligen Präsidentenpalast residieren jetzt die CPC

Kann es sein, dass die FSLN, die vorgibt, sich nicht nur für die Armen, sondern speziell auch für die Frauen und Kinder einzusetzen, einen Präsidentschaftskandidaten aufstellte, dessen Stieftochter ihm bis heute jahrelangen sexuellen Missbrauch seit ihrem 11. Lebensjahr vorwirft? ...

Es gibt ein beliebtes Schema des offiziellen Sandinismus, mit der Verbreitung dieser Informationen umzugehen: Erstens werden solche Meldungen damit abgetan, dass die nicaraguanische Oligarchie oder der internationale Kapitalismus damit nur die aktuelle Regierung Nicaraguas diskreditieren und destabilisieren wollen; zweitens wird auf die „guten Taten“ der Regierung Ortega hingewiesen, um sie dagegen aufzurechnen; drittens wird gerne auf die viel größeren „Sünden“ anderer hingewiesen, um von den eigenen abzulenken; viertens werden die Überbringer dieser unglaublichen Meldungen kritisiert, unter Druck gesetzt, verfolgt und bedroht.

Was soll man daraus schließen? Sollen solche Meldungen nicht mehr verbreitet werden, weil sie der Regierung Ortega schaden? Soll man eine gewaltsam unterdrückte Demonstration oder eine an einer Schwangerschaftskomplikation gestorbene Frau gegen die Schulspeisung oder den Bau von 20 Häusern aufwiegen?

Soll man Korruption auf der Linken akzeptieren, weil die Rechte das ja auch macht? Soll man sich dem Druck ergeben und zu einer Hofberichterstattung gegenüber der FSLN Ortegas übergehen?

Natürlich benutzen rechte politische Kreise und deren Presse in Nicaragua und international solche Verhältnisse, um durch deren Verbreitung gegen die Regierung Ortega mobil zu machen.

Worin aber liegt denn eigentlich der Skandal: dass solche Informationen verbreitet werden oder dass es in Nicaragua tatsächlich solche Verhältnisse gibt? Wäre es nicht besser, wenn die Regierung auf Korruption und Unterdrückung verzichten würde, als sich hinterher zu beschweren, dass darüber auch berichtet wird?

Kritische Diskussion ist notwendig

Es ist jedoch definitiv nicht nur die Rechte, die über die Verhältnisse in Nicaragua kritisch berichtet: In Nicaragua selbst gibt es viele prominente und führende Teilnehmer am Befreiungskampf gegen die Diktatur Somozas und an den revolutionären Ereignissen der 80er Jahre, die die aktuelle Situation unter Ortega heftig kritisieren.

Das gleiche gilt für einen großen Teil der internationalen Solidaritätsbewegung, die die sandinistische Revolution in der Hoffnung auf ein neues Gesellschaftsmodell mit politischer Freiheit in Verbindung mit sozialer Gerechtigkeit unterstützt hatte, und diese Ziele heute weitgehend verraten sieht.

Es ist eine wichtige Aufgabe gerade der Linken, die heutigen Verhältnisse in Nicaragua öffentlich kritisch zu diskutieren, um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, dass die Linke ihre traditionellen Ideale einer freien, pluralistischen, sozialen und humanen Gesellschaft dem Machtstreben einer kleinen Elite, der persönlichen Bereicherung, der Willkürherrschaft, der Unterdrückung der Frauen und der Korruption geopfert hat.

Wenn man sich nicht täglich mit den Nachrichten aus Nicaragua beschäftigt, sind die hier erwähnten Vorgänge kaum zu glauben. Sicherlich müssen solche und ähnliche Meldungen kritisch hinterfragt werden. Wer sich jedoch in Nicaragua sozial und politisch engagieren möchte, kommt nicht daran vorbei, sich mit den realen – und manchmal wirklich unglaublichen – Entwicklungen im Lande auseinander zu setzen.

Matthias Schindler, Hamburg, Mai 2009



Nicaragua zwischen Emanzipation und Autoritarismus

Film- und Diskussionsabend mit Dieter Müller, Leiter des Mittelamerika-Büros von medico international in Managua

Im Juni 2009 referierte Dieter Müller, Repräsentant der Hilfsorganisation „medico international“ für Mittelamerika, in der Werkstatt 3 über die derzeitige Lage in Nicaragua, insbesondere über das Gesundheitswesen und die Projekte, die medico international dort durchführt.

Nach zwei Jahren Regierungszeit unter dem ehemaligen FSLN-„Comandante“ Daniel Ortega ist die Kritik an dessen undemokratischen Vorgehen auf vielen Gebieten ständig gewachsen: Kritik an seinem machterhaltenden Klientelismus, dem Pakt mit der katholischen Kirche und alten reaktionären bürgerlichen Machteliten, der Verfolgung feministischer Organisationen, der Gewaltanwendung gegen Oppositionelle, dem Wahlbetrug bei den Kommunalwahlen bei gleichzeitig beibehaltener revolutionärer Scheinrhetorik. Das Publikum erwartete gespannt die Einschätzung eines so profunden Kenners der Geschichte Nicaraguas und der heutigen Situation.

Der Referent teilte voll und ganz die oben skizzierten Kritikpunkte und zog eine ernüchternde Bilanz der augenblicklichen Situation. Dennoch betonte er, dass aus der Revolutionserfahrung und den damaligen Werten noch Restbestände in der Gesellschaft vorhanden sind, deren Pflege und Förderung weiterhin für Nicht-Regie-

rungsorganisationen (NGOs) eine wichtige Aufgabe darstellen. Müller berichtete auch von Angriffen der Regierung auf eben solche Organisationen. Inzwischen hat die Ortega-Administration allerdings davon Abstand genommen, weil der internationale Protest überaus heftig war und die internationale Hilfe wohl doch unverzichtbar ist.

Nicaragua ist ein Land vielschichtiger Traumata

Ausführlich stellte Müller den neuen Projektpartner „Centro Antonio Valdivieso“ vor, der aus vielen Erfahrungen beim Aufbau von Dörfern nach dem Hurrikan Mitch gelernt habe. Das Centro Valdivieso prägte für Nicaragua den Begriff „País Multiduelos“, „Land vielschichtiger Traumata“. Diese Traumata seien insbesondere eine Hinterlassenschaft des Contrakrieges und seien von der Mehrheit der Bevölkerung noch längst nicht überwunden. In „La Palmerita“, einer Siedlung mit den Opfern der Kaffee-



Dieter Müller von medico international

krise vor acht Jahren, bearbeitet medico international diese wichtige Problematik von unbewältigten Traumata zusammen mit der Frauenorganisation Maria Elena Cuadra (MEC)

Nicht selten wird ein erlittenes Trauma durch ein weiteres oder mehrere überlagert: Besonders schlimm wirkt sich bei den Frauen die alles dominierende Erfahrung von innerfamiliärer Gewalt und sexuellem Missbrauch aus, was zurzeit noch zunimmt und zusätzlich durch das Totalverbot des Schwangerschaftsabbruchs, selbst nach Vergewaltigung ganz junger Mädchen, verschärft wird.

In vielen konkreten Einzelbeispielen machte Dieter Müller dieses Spannungsfeld anschaulich.

Während des gesamten Referates wurde der umfassende und erweiterte Gesundheitsbegriff von medico international deutlich, der Gesundheit nicht nur als Abwesenheit von Krankheit definiert, sondern das physische, psychische und soziale Wohlbefinden umfasst. Damit lehnt er sich eng an die Erklärungen der Weltgesundheitsorganisation an.

Abschließend rief der Referent dazu auf, trotz der negativen Entwicklung im Land mit den Menschen, die sich widersetzen und weiterhin für mehr Gerechtigkeit in Nicaragua kämpfen, solidarisch zu sein und sie in ihren Projekten zu unterstützen.

Verena Maeffert

Vorteile und Profite für die EU - Bedrohung für Zentralamerika

Veranstaltung mit William Rodríguez zum Assoziierungsabkommen Europäische Union – Zentralamerika

Gutgelaunt und mitteilend stand William Rodríguez, Aktivist des Movimiento Social Nicaragüense, 'Otro mundo es posible' (nicaraguanische soziale Bewegung, 'Eine andere Welt ist möglich') trotz mancher organisatorischer Schwierigkeiten dann doch am Abend des 20. Mai in den Räumen des Internationalen Zentrums B5 in der Brigittenstraße. Es war die erste Veranstaltung seiner Rundreise durch Deutschland und Öster-

reich zu den Hintergründen, Mechanismen und Auswirkungen des beabsichtigten Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Zentralamerika. Dass er direkt aus Nicaragua und vom Hamburger Flughafen unverzüglich zum Veranstaltungsort angereist war, konnte man seinem konzentrierten und engagierten Vortrag nicht anmerken.

Bei leckerem Essen und in gemütlicher Atmosphäre hatte sich ein kleines, aber interessiertes Publikum eingefunden, das sogar unsere holperige Übersetzung von Williams spanischem Vortrag mit viel Geduld aufnahm und auch immer wieder bei Übersetzungsschwierigkeiten aushalf.

Zu Beginn erläuterte William die expansive EU-Handelsstrategie ‚Global Europe‘, die die europäischen transnationalen Unternehmen Vorteile gegenüber der globalen Konkurrenz sichern soll, unter Ausschöpfung aller handelspolitischen Mittel. Teil dieser Strategie ist eben auch die ‚Eroberung‘ der Märkte in Zentralamerika, traditionell der ‚Hinterhof der USA‘; aber inzwischen auch Ziel der wirtschaftlichen Expansion Chinas. Dazu soll ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Ländern Guatemala, El Salvador, Honduras,

Nicaragua und Costa Rica (Panama aktuell nur als Beobachter) geschlossen werden, beschönigend als ‚Assoziierungsabkommen‘ hingestellt, das vorgeblich die Wahrung der Menschenrechte und die nachhaltige Entwicklung in Zentralamerika berücksichtigen soll.

Der EU geht es vor allem um die Öffnung der zentralamerikanischen Märkte zum eigenen Vorteil

Dabei geht es der EU vor allem um die Öffnung der zentralamerikanischen Märkte für die europäischen transnationalen Unternehmen zum eigenen Vorteil. Besonders interessiert ist man an Aufträgen der öffentlichen Hand aus Zentralamerika, weil hier noch gewaltiges Gewinnpotential für die transnationalen Konzerne liegt. In den betroffenen Ländern wird die Privatisierung von Grundversorgungsleistungen, - etwa der Wasserversorgung - die Bevölkerung direkt bedrohen und zu Abhängigkeit von den transnationalen Konzernen führen.

In dem von der EU angestrebten Freihandel mit Zentralamerika werden die Asymmetrien zwischen beiden Regionen nicht berücksichtigt: Die zentralamerikanischen Länder werden gegenüber Europa nicht konkurrenzfähig sein.

William stellte hierzu vier Punkte heraus:

- Einfuhrzölle für europäische Produkte werden in Zentralamerika abgebaut. Damit fällt zum einen eine wichtige Einkommensquelle der Staaten weg, Geld,



Logo der Kampagne „Nein zum Assoziierungsabkommen“

das dann für öffentliche Investitionen in Gesundheit und Bildung nicht mehr zur Verfügung steht. Zum anderen sind in Zentralamerika erzeugte Produkte nicht mehr gegen die Konkurrenz aus Europa geschützt.

- Es wird zwar für die Öffnung der Märkte der Abbau von nicht-tarifären Handelshemmnissen in Zentralamerika gefordert, aber gleichzeitig verhindern Lebensmittelkontrollen den Zugang kleiner Agrarproduzenten zum Markt in der EU.
- Subventionen der EU werden Agrarerezeugnisse auf den zentralamerikanischen Märkten so billig machen, dass die einheimische Produktion zugrunde geht. Nicht nur verlieren die einheimischen ProduzentInnen ihr Einkommen, Zentralamerika verliert auch immer weiter die Nahrungsmittelsouveränität und Hungersnöte drohen bei Weltmarktschwankungen und Krisen.
- Proklamiert wird eine ‚Assoziierung zwischen Blöcken‘. Von einer geschlossenen wirtschaftlichen oder politischen Einheit kann aber in Zentralamerika aktuell keine Rede sein. Der vorschnelle Abschluss des Abkommens verhindert einen zentralamerikanischen Integrationsprozess, der auf die eigenen Interessen der Region ausgerichtet ist. Gefordert ist eine eigene regionale Integration, die auf der gegenseitigen Unterstützung und wirtschaftlichen Ergänzung der Länder basiert und souveräne Entscheidungen ermöglicht.

In den anschließenden Fragen wurde das Interesse des Publikums an der allgemeinen politischen Situation in Lateinamerika insgesamt und der Beziehung zu Europa deutlich. William stellte hier den aktuell sich vollziehenden Umbruch in vielen Ländern dar, in denen linke oder zur Linken tendierende Regierungen angetreten seien, ein neuer Aufbruch für Lateinamerika. Europa bekenne sich gegenüber Lateinamerika nicht zu seiner historischen

Schuld erzeugt durch Umweltzerstörung, Verschmutzung und Abholzung oder jahrhundertelange Ressourcenausbeutung.

Eingehend auf die aktuelle Situation in Nicaragua stellte er die Widersprüchlichkeit im Handeln der Regierung Ortega heraus, aber auch die Schwierigkeiten, in die das Land nun durch den Rückzug von Entwicklungshilfe, unter anderem aus der EU, gerate. Er kritisierte vor allem die Instrumentalisierung der Hilfsleistungen für die Durchsetzung der politischen und ökonomischen EU-Interessen und die damit verbundene Fremdbestimmung Nicaraguas.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass uns Williams Ausführungen eine differenzierte und kritische Sicht auf die Thematik aus einer nicaraguanischen Perspektive bescherten, wozu wir hier sonst nur selten Gelegenheit finden.

Alexander Laarmann



Die Kampagne „Nein zum Assoziierungsabkommen EU mit Zentralamerika“ ist im Internet zu finden unter: www.stop-assoziierung.de

Frauen- und Kinderrechte in der Familie

Tagung in León am 8. und 9. September 2009

Zum Thema Gewalt in der Familie veröffentlichen Organisationen wie das ‚Frauenetzwerk gegen Gewalt‘ immer erschütterndere Zahlen. Es steigen die Anzahl der Fälle männlicher Gewalt in der Familie insgesamt und die der Vergewaltigungen. Es wächst die Brutalität der Übergriffe und auch die Zahl der Feminizide: Frauen werden ermordet, weil sie Frauen sind. Der gefährlichste Ort für Frauen und Mädchen in Nicaragua ist das eigene Zuhause, in Bezug auf die ausufernde Gewalt wird allgemein von einer ‚Epidemie‘ gesprochen.

Die Behandlung dieses Themas war daher auch ein dringlicher Wunsch aus León für den Arbeitsteil der für vergangenen Mai geplanten Konferenz der Partnerstädte in Hamburg. Nach der Absage der Konferenz blieb die Vorbereitungsgruppe, deren Mitglieder alle auch dem Nicaragua Verein angehörten, weiter aktiv und verfolgte die Idee einer Veranstaltung vor Ort in León. In der Organisation CISAS (Zentrum für medizinische Information und Beratung) fanden wir schließlich einen Partner, der

sich engagiert für das Vorhaben einsetzte. Gefördert durch Mittel der Hamburger Senatskanzlei realisierte CISAS eine Tagung am 8. und 9. September, zu der auch wir vom Verein zu dritt angereist waren.

CISAS arbeitet grundsätzlich zu Gesundheitsthemen, etwa der HIV-Prävention und der reproduktiven Gesundheit. Das schließt für sie allerdings auch die sozialen Voraussetzungen für Gesundheit ein, das Eintreten für das Grundrecht auf Gesund-

*Tagung zu Frauen- und Kinderrechten:
Für Würde und Respekt: lebe Deine Rechte!*





Einschreibung der TeilnehmerInnen

heit bis hin zur demokratischen Partizipation.

Die Tagung richtete sich ausschließlich an die Zivilgesellschaft, also Personen, Initiativen und NGOs, die entweder direkt zum Thema arbeiten oder bei ihrer Arbeit mit der Problematik konfrontiert werden.

Ziel der Tagung war es, den der Gewalt zugrundeliegenden Machismo und seine Weitergabe über die Erziehung in der Familie zu diskutieren, praktische Ansätze für eine Änderung der Situation zu entwickeln und den öffentlichen Diskurs über das häufig verdrängte und verharmloste Thema zu fördern. Idealerweise sollte eine Vernetzung unter den TeilnehmerInnen erreicht werden, die gemeinsame, ganzheitliche Maßnahmen möglich macht.

Für den ersten Tag war eine Analyse der Situation vorgesehen, mit drei einleitenden Vorträgen am Vormittag und Gruppenarbeit am Nachmittag.

Der erste Vortrag von **Evelyn Flores** von der Organisation ‚Puntos de encuentro‘ (Treffpunkte) gab einen sehr klaren Überblick über die Situation von familiärer Gewalt gegen Frauen und Kinder: Physische

und psychische Gewalt, Erzeugen und Ausnützen finanzieller Abhängigkeit. Dazu sexuelle Übergriffe gegen vor allem junge Mädchen: über zwei Drittel der Opfer sind jünger als 17 Jahre. Von staatlicher Seite werden Opfer in vielen Fällen abermals drangsaliert, durch Abweisung, Nachlässigkeit bei der Strafverfolgung und langwierige Verfahren wird die Herstellung von Gerechtigkeit verhindert. Gesellschaftliche Grundlage ist ein System streng befolgter Geschlechterrollen und männlicher Dominanz, das Gewalt gegen Frauen sozial legitimiert und in verschiedenen Subsystemen in Erscheinung tritt, so etwa in Politik, Wirtschaft, Religion.

Die verheerenden Konsequenzen führen zur Zerstörung der Opfer, der Familien und pflanzen sich über die Kinder in die nächste Generation fort.

Mit dem anschließenden Vortrag von **Dr. Luis Morales** vom Zentrum für Mediation der Universität UNAN wurde es dann spezieller und wissenschaftlicher: er behandelte sehr differenziert das Thema der ‚Transformation der Gewaltkonflikte gegen Frauen‘ und die umstrittene Rolle der Mediation (Konfliktvermittlung).

Mediation in Konfliktfällen darf niemals dazu dienen, Verbrechen zu decken

Eine wichtige Voraussetzung für Mediation ist, dass sie nur dann in Frage kommt, wenn (noch) kein Verbrechen vorliegt. Die Mediation darf niemals dazu dienen, Verbrechen zu decken oder Straffreiheit von Verbrechern zu ermöglichen. Eine sachgerechte Mediation dagegen führt zur Bewusstseinsbildung, zur Wiederherstellung der Selbstachtung von Opfer und Täter. Eine solche Lösung ist aber umso schwieriger zu erreichen, als es ganz allgemein in Nicaragua an einer Kultur alternativer Konfliktlösung fehlt, jenseits von Unter-

drückung und Unterwerfung. Mediation ist eine Kultur von alternativer Gerechtigkeit. Die Zentren für Mediation müssen sich strikt an ihre Ethik halten: eine schlecht durchgeführte Mediation verschlimmert die Bedingungen des Opfers.

Der dritte Vortrag war ganz dem juristischen Aspekt gewidmet: **Juanita Jiménez** von der Autonomen Frauenbewegung (MAM) erläuterte das neue Strafbuch Nicaraguas und die Kritik daran unter dem Aspekt der Frauenrechte. Das Strafbuch kommt im Gewand einer modernen Strafbuchordnung daher, beinhaltet aber die alten Fesseln mit machistischer Tendenz. Die eklatantesten Widersprüche sind einerseits die Verminderung von Strafen für sexuellen Mißbrauch, männliche Gewalt und Inzest, andererseits das totale Verbot des Schwangerschaftsabbruchs, auch in medizinischen Notfällen (*aborto terapéutico*). Die Benachteiligung des Opfers setzt sich auch im Strafprozeß fort: der Angeklagte, im Falle der innerfamiliären Gewalt der Agressor, bekommt einen Anwalt gestellt, das klagende Opfer der Gewalt nicht.

Nach den Vorträgen übernahm die überaus präzise Moderatorin **Marilyn Mora** die Diskussionsleitung und gab den weiteren Ablauf der Veranstaltung bekannt. Im Anschluß an das gemeinsame Mittagessen wurden die Themen der Vorträge in den Arbeitsgruppen anhand von Leitfragen vertieft. Jede Arbeitsgruppe wurde durch eine Mitarbeiterin von CISAS geleitet, die auch die Protokollierung übernahm. Aufgelockert wurde das Programm mit Darbietungen von Folkloretänzen durch die Tanzgruppe der Universität UNAN.

Abschließend präsentierten die Arbeitsgruppen der Reihe nach ihre Ergebnisse. Obwohl die einzelnen PräsentatorInnen das meistens sehr gekonnt und mit Schwung machten, wiederholten sich die Ergebnisse nach einiger Zeit, weil immer



Fortsetzung der Gespräche am Mittagstisch

alle Antworten zu den Fragen vollständig vorgetragen wurden. Entsprechend lief uns dann am Ende auch die Zeit davon und der erste Tag ging erheblich später als geplant zu Ende, wobei aber die Zahl der Anwesenden nur wenig abbröckelte.

Der zweite Tag war der Entwicklung von praktischen Ansätzen gewidmet, was angesichts der vortags erörterten Situation noch weiter, aufbauend auf Bestehendem, unternommen werden könnte.

Das Bedürfnis nach weiterer Vernetzung wurde deutlich

Hier stellten in den Arbeitsgruppen die verschiedenen VertreterInnen ihren besonderen Tätigkeitsschwerpunkt dar und arbeiteten Berührungspunkte und Ergänzungsmöglichkeiten heraus. Ohne daß dies organisiert worden wäre, kam es spontan zu regem Austausch von Kontaktinformationen, deutlich wurde das Bedürfnis nach weiterer Vernetzung. Diskutiert wurden auch die Zusammenschlüsse, die zu dieser Thematik bereits initiiert wurden, aber kaum funktionsfähig sind.

Tendenziell sprach man sich dafür aus, bestehende Organisationen und Zusammenschlüsse zu stärken und wiederzubeleben, statt erneut Parallelstrukturen zu begründen.

Als in der Diskussion im Plenum die Rolle der Medien kritisiert wurde, mit ihrer



Beeindruckende Darbietung der Theatergruppe

Berichterstattung ungleiche Genderrollen noch weiter zu verfestigen, meldeten sich unmittelbar auch die an der Dokumentation der Tagung im Saal arbeitenden ReporterInnen mit Widerspruch zu Wort.

Ein Höhepunkt des Programms am Nachmittag war zweifellos die Aufführung des eigens entworfenen Theaterstücks ‚El Abrazo‘ (‚Die Umarmung‘) der Theatergruppe ‚Sekuan Platraca‘. In großer dramatischer Dichte - die Aufführung dauerte weniger als 30 Minuten - stellte die Gruppe die komplexe Problematik mit einer Fülle von Aspekten dar - geschildert wird eine familiären Situation, die immer weiter in die Gewalt abgleitet: Die der Familienhierarchie zugrundeliegenden Vorstellungen,

die Lieblosigkeit, das Leiden der Opfer, die verheerenden Auswirkungen der Gewalt auf die nächste Generation, die Weitergabe der Gendernormen über die Generationen. Besonders die weibliche Hauptrolle wurde dabei mit großer Überzeugungskraft und Authentizität gespielt. Die Theatergruppe stellte sich nach der Aufführung dem Dialog mit dem Publikum, eine Gewohnheit, die die Gruppe aus ihrem Ursprung im Straßentheater weiterpflegt.

An der Tagung nahmen VertreterInnen von 44 Organisationen teil, mediales Echo fand sie in den Berichten von fünf Reporterteams, unter anderem von der Zeitung ‚La Prensa‘, in den lokalen Radiostationen und einem landesweit ausgestrahlten Fernsehbericht. Ein technisches Team begleitete die Veranstaltung dokumentarisch mit Bild-, Ton- und Filmaufnahmen.

Insgesamt ist zu sagen, dass die Veranstaltung von CISAS sehr professionell organisiert war, auch hat der gehobene Veranstaltungsort, das Hotel Convento in León, sicher dazu beigetragen, der Veranstaltung und damit dem Thema besonderes Gewicht zu geben.

CISAS verfolgt nun die weitere Fortführung des Themas, vereinbart wurde die Vorstellung von Projekt Konzepten durch die teilnehmenden Organisationen, mit denen an mögliche Förderer herangetreten werden kann.

Der in den Diskussionen vielfach geäußerte Wunsch nach einer Einbeziehung auch der offiziellen staatlichen Stellen könnte ebenfalls in Folgeveranstaltungen realisiert werden.

Die Inhalte der Tagung wird der Nicaragua Verein außerdem im nächsten Jahr in einer Fachveranstaltung in Hamburg aufgreifen.

Alexander Laarmann

Rückblick auf die Vereinsarbeit 2009

Die beiden Bereiche Öffentlichkeitsarbeit und Projektabwicklung im Nicaragua Verein wurden Ende 2008 überschattet durch einen politischen Skandal in Nicaragua: Die Kommunalwahlen hatten schon im Vorfeld für Unruhe gesorgt. Befürchtungen, dass die Wahlen nicht korrekt ablaufen würden, bestätigten sich leider.

Übergriffe der Ortega-Administration auf namhafte Nicht-Regierungs-Organisationen nötigten uns, unsere Vertretung in Nicaragua auf eine rechtlich korrekte Basis zu stellen, damit vor allem der Geldtransfer auf einer sicheren Grundlage stattfinden kann. Der Vorstand und unsere Leóner Vertreterin Eylon mussten viel Engagement und Hartnäckigkeit beweisen, um die vielen bürokratischen Hürden zu überwinden. Seit geraumer Zeit existiert also die Asociación Nicaragua Verein Hamburg e.V. als ‚Juristische Person‘ in León.

Beschäftigt haben uns natürlich eine ganze Weile die Reaktionen auf unsere Entscheidung, Projekte in Zukunft nicht mehr in Zusammenarbeit mit dem Bürgermeisteramt abzuwickeln. Unter diesen Umständen wurde die Personalknappheit unter den aktiven Vereinsmitgliedern besonders spürbar, denn die geplante Projekt- und Öffentlichkeitsarbeit musste ja weiterlaufen. Das belastete wiederum unsere Halbtagskraft sehr stark.

Die wichtigsten Veranstaltungen in Hamburg

- Im Rahmen der Kampagne ‚Nein zum Assoziierungsabkommen EU - Zentralamerika‘ eine Diskussionsveranstaltung mit William Rodriguez aus Managua über „Politisches Bewusstsein in Lateinamerika“ (s. S. 32 ff)

- „Nicaragua zwischen Emanzipation und Autoritarismus“ mit Dieter Müller in Kooperation mit ‚el rojito‘, Werkstatt 3‘ und ‚medico internacional‘ (s. S. 31 f)
- In Kooperation mit der AGFJ, Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände: „Internationaler Jugendaustausch“
- In Kooperation mit dem Metropoliskino die Romero Filmtage



Bei den Romero-Filmtagen ‚Planet Carlos‘ von A. Kannengiesser

- Filmabend im ROM-Café der Uni Hamburg
- Projekttag an der Gesamtschule Finkenwerder

Veranstaltung in Nicaragua

- In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe „Kinder und Frauenrechte“, die sich zur Vorbereitung der ursprünglich in Hamburg geplanten Städtepartnerschaftskonferenz gebildet hatte, führte die nicaraguanische Partnerorganisation CISAS eine sehr erfolgreiche Tagung mit Vertretern verschiedenster lokaler Organisationen durch. Der besondere Erfolg dieser Tagung lag in der Vernetzung vieler Gruppen, die nun zu gemeinsamen

Aktivitäten – zunächst zum Thema „Gewalt gegen Frauen und Kinder“ führen sollen (s. S. 35 ff)

Informationsstände

- auf dem Sommerfest des Instituto Cervantes
- dem Schulfest der Ida-Ehre-Gesamtschule
- und auf dem Methfesselfest

Publikationen

- Die Online-Zeitung, die unsere Papierzeitung ersetzen sollte, kommt leider – aus Personalmangel – nicht recht voran. Mehr als eine Ausgabe haben wir nicht geschafft und wegen dieses ‚Rundbriefes‘ werden 2009 auch keine weiteren erscheinen können.

Projekt Las Tías: Junge Besen tänzerin



- Die Internetseite bietet einen gewissen Ausgleich für die fehlenden ‚Zeitungen‘. Sie bringt laufend aktuelle Meldungen aus Nicaragua, Themen der Solidaritätsarbeit und wichtige Veranstaltungshinweise.

Notizen zur Projektarbeit

- **Las Tías:** Gehälter von zwei Lehrerinnen können weiterhin aus Zinsen des Kreditfonds bezahlt werden. Der Nicaragua Verein übernimmt für drei Monate die Gehälter einer Erzieherin, einer Köchin und einer Buchhalterin sowie die Finanzierung des Mittagstisches für die Kinder, damit die Verträge mit dem ‚Freundeskreis Nicaragua‘ auf Anfang bis Ende eines Kalenderjahres umgestellt werden können.
- Die Gruppe **Mujeres** unterstützt wie in den Jahren zuvor das um eine Ärztin erweiterte Projekt ‚No es prohibido soñar‘ (Träumen ist nicht verboten) von CECAMO
- Im Bereich **Schulpartnerschaften** konnte der Nicaragua Verein Hamburger und Leóner Schulen für ein Fotoprojekt gewinnen.
- Die Gruppe **NICADE** unterstützt ein Abwasserprojekt in ihrem Partnerstadtteil ‚Héroes y Mártires de Zaragoza/León‘ in Kooperation mit dem ‚Freundeskreis Nicaragua‘, der die Hamburger Restcent-Aktion betreut.
- **Städtepartnerschaftsprojekte:** Mit dem Senatsabkommen 07/08 verpflichtete sich der Verein, die folgenden vier Projekte zu betreuen:
 1. Berufsausbildung für Jugendliche im indigenen Stadtteil Sutiava León (II Phase)
 2. Förderung außerschulischer Fähigkeiten bei Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden
 3. Förderung der Produktion von Früchten und ihrer Verarbeitung
 4. Unterstützung der Direktvermarktung ländlicher Produkte.



Fortbildungsgruppe bei CECAMO

Im weiteren Verlauf des Jahres 2009 sind nach Redaktionsschluss noch folgende Veranstaltungen in Hamburg geplant:

- Veranstaltung mit dem Titel „Kämpfe und Perspektiven in der internationalen Jugendarbeit am Beispiel Nicaraguas“
- Zum 25jährigen Bestehen des Vereins: Podiumsdiskussion zum Thema „Rechtsstaatlichkeit als Grundlage partnerschaftlicher Arbeit“ mit Vilma Nuñez
- von der Menschenrechtsorganisation CENIDH und Alberto Aburto von Movimiento Puente, einer Gruppierung jugendlicher KritikerInnen am Parteisystem in Nicaragua
- Hafenrundfahrt „Hamburgs Handel mit Lateinamerika“ im Rahmen der Lateinamerika-Tage

Detlef de Cuveland

Wir trauern um Ursula Meyer-Rumke

Seit einigen Monaten nahm sie nicht mehr an den gemeinsamen Montagsitzungen teil.

In meinen Erinnerungen sehe ich die fröhliche, positive Ulla, die 2001 in unseren Nica-Verein herein marschierte und aktiv mitarbeiten wollte.

Als ich von Ullas Tod erfuhr, sah ich sie sofort vor meinem geistigen Auge im Jahr 2002 in León, Nicaragua. Sie lacht so strahlend glücklich, tanzend mit Hugo im Barrio. ... ihre Freude auch an kleinen Dingen und Situationen sind typisch für sie. Von dem Straßenkinderprojekt Las Tías war sie begeistert und es sollte auch schon bald „ihr“ Projekt werden.

Verlässlichkeit, Neues anstoßen, Stellung beziehen, geradlinig, zielorientiert, positiv. ... und nun – Ulla ist tot.

Wir vermissen sie sehr, als Freundin und compañera.

Doris Pumplün-Röder



Auf zur Festung El Coyotepe

Karin Mayorga, Teilnehmerin des I.C.E (Ice-Climate-Education) 2008 in Island, berichtet über ein von ihr organisiertes Ökologie-Treffen in El Coyotepe. *)

Am 25. und 26. 7. 2009 wurde in El Coyotepe bei Masaya ein Öko-Lager durchgeführt, an dem verschiedene Jugendorganisationen teilnahmen. Die Anregung dazu ergab sich aus meiner Teilnahme am I.C.E. 2008 in Island. Aufgrund meiner Erfahrungen entschied ich mich, ein Treffen zu organisieren, bei der junge NicaraguanerInnen verschiedene Themen mit Bezug auf die Natur diskutieren sollten und in dieser Natur viele Abenteuer erleben konnten.

Wir haben folgende Ziele erreicht:

- Wiederaufforstung des Schulgeländes El Coyotepe.
- Diskussion über Probleme in unserer Gegend, die sich aus dem Klimawandel ergeben.
- Berichte jeder Organisation über Aktivitäten, die zur Abschwächung des Klimawandels durchgeführt wurden.
- Verpflichtung der Organisationen zur

*) Karin Mayorga konnte sich – nicht zuletzt durch Vermittlung des Nicaragua Vereins – im letzten Jahr für die Teilnahme am zweiten ‚Ice-Climate-Education‘ Jugendcamp qualifizieren. Ziel dieser vom bekannten Polarforscher Arved Fuchs geleiteten ‚Expedition‘ war es, die 14 ausgewählten Jugendlichen für die Auswirkungen der globalen Erwärmung zu sensibilisieren und so engagierte Multiplikatoren zu gewinnen (s. Nicaragua Zeitung, Dezember 2008, S.14). Wir freuen uns, dass dieses Ziel für Karin nicht nur Verpflichtung bedeutet sondern zu einer Herzensangelegenheit geworden ist und danken ihr für den Bericht über ihr erfolgreiches Engagement.

Durchführung eines kleinen Projektes nach dem Lager.

Die teilnehmenden Organisationen hielten mehrere Vorträge:

- **Arbeitsgruppe ‚Tourismus‘:** *Naturerbe und Tourismus.* - Die Botschaft, die wir übermittelten war: den Tourismus nicht nur als Geldeinnahmequelle anzusehen sondern ihn auch als Mittel zu nutzen, den Erhalt der natürlichen Ressourcen zu garantieren.
- **Organisation FUNDAR:** *Umgang mit den natürlichen Ressourcen der Gebiete Las Peñitas und Salinas Grandes.* - Es wurde über die Anstrengungen berichtet, das fragile Ökosystem der Mangroven und die von Ausrottung bedrohten Schildkröten zu schützen. Und darüber, dass hierbei die Gemeinde gut eingebunden werden konnte.
- **Umweltgruppe ‚ARA MACAO‘:** *Behandlung fester Abfälle.* - In ihrem Vortrag erläuterten sie die verschiedenen Arten von Abfällen und die Vorteile der Wiederverwertung.
- **ASIJUL** (die Vereinigung für Jugendaustausch León): *Wichtigkeit der Wieder-*



Pfadfindergruppe in León

aufforstung. - Sie haben ihre nächsten Projekte in das Umweltprogramm eingebunden und informiert uns darüber, welche Baumarten in der Gegend von León vorteilhaft sind und lieferten uns weitere interessante Informationen, z. B. wie viel Sauerstoff ein Baum produziert.

- Die **Pfadfinderbewegung** hat keine Vorträge gehalten, aber sie hat das ganze Lager organisiert und war dafür verantwortlich, dass wir uns bei ihren Aktivitäten ordentlich schmutzig machten und vollkommen schlammverschmiert waren, nach dem Motto: wer sauber nach Hause fährt, hat keinen Spaß gehabt.

Eingegangene Verpflichtungen auf persönlicher Ebene:

- Ich habe die Idee vorgetragen - die zukünftig keine Idee mehr sein wird, sondern eine Tatsache - an die Grundschulen zu gehen, um dort Bewusstsein für das brennende Thema Klimawandel zu schaffen.
- Ich fühle mich der Umwelt nicht nur verpflichtet, weil ich zum Umweltprogramm von ASIJUL, zur Pfadfinderbewegung von León und zur Umweltgruppe ARA MACAO der Universität gehöre oder weil ich Tourismus studiere, sondern das ist etwas, was von innen heraus kommt. Ich habe mich immer nur als eins von vielen Lebewesen in der Natur gefühlt. Sie gehört mir nicht, und ich werde alles tun, um einen umweltverträglichen Lebensstil zu führen. Ich will auf persönlicher Ebene ein bisschen Bewusstsein schaffen, indem ich aus den Erfahrungen des I.C.E. 2008 handele.

Verpflichtungen auf Ebene der Organisationen:

- **Tourismus:** Als zukünftige AkademikerInnen haben wir die Verpflichtung, den Tourismus nachhaltig zu entwickeln, ein-



Aufstieg zur Festung ‚El Coyotepe‘

schließlich des Schutzes der Umwelt, des wirtschaftlichen Gleichgewichts und der sozialen Gleichheit.

- **FUNDAR:** Soweit möglich werden sie die Boots-Überfahrten der Organisationen, die an Patrouillen teilnehmen wollen, unterstützen. Um eine gute Arbeit machen zu können stellen sie die Kontakte zur Gemeinde her, denn darin haben sie Erfahrung.
- **ARA MACAO:** Sie werden eine Kampagne der Abfallklassifikation im Rahmen der Uni beginnen und mit verschiedenen Abnahmestellen und Betrieben für Recycling Kontakt aufnehmen, um alles zu nutzen, was die Uni täglich an Abfällen produziert.
- **ASIJUL:** Sie verpflichten sich, bei den Patrouillen auf der Insel Juan teil zu nehmen, wenn die Schildkröten in der Schonzeit sind.
- **Pfadfinder:** Diese Bewegung ist wirklich umweltfreundlich, trotzdem haben sie keine Bedenken, neue Herausforderungen und Verantwortlichkeiten für die Natur anzunehmen.

Das gesamte Lager entwickelte sich bestens und wir haben unsere Ziele erreicht.

Wir wissen, dass das ohne die Unterstützung von verschiedenen Organisationen nicht möglich gewesen wäre. Dafür möchte ich danken. Solche Veranstaltungen sind sehr wichtig, denn obwohl ich es mir schon so vorgestellt hatte, bestätigte sich, dass Jugendliche bereit sind, sich auch über ihre bereits bestehenden Verpflich-

tungen hinaus für ein grünes Land zu engagieren, in dem Abfälle wiederverwertet und Gesetze zum Naturschutz eingehalten werden. Sie wissen, dass wir diesen Ort besser hinterlassen müssen als wir ihn vorgefunden haben. (Worte von Baden Powell, Gründer der Pfadfinderbewegung)

Karin Mayorga

„Hamburgo y León siempre estarán unidos sin fronteras“

Hamburg und León – für immer vereint ohne Grenzen

Es war wieder einmal soweit – im Rahmen des Jugendaustausches zwischen der AGfJ in Hamburg und der ASIJUL in León machte sich eine Gruppe Jugendlicher auf ins ferne Nicaragua. Vom zweiten August bis zum zweiten September haben wir uns in León aufgehalten und hatten die Ehre, als erste Gruppe im fertigen Haus der ASIJUL zu wohnen, dass von den vorhergegangenen Hamburger Delegationen der AGfJ aufgebaut worden war.

Wir waren auch die erste Hamburger Delegation, bei der die vom Hamburger Senat bewilligten Gelder nicht mehr über die Alcaldía in León liefen, sondern gemeinsam von der deutschen und nicaraguanischen Gruppe verwaltet wurden. Das war eine Herausforderung, die für uns sehr zeitaufwendig und aufreibend, aber auch interessant war.

Da das Haus fertig gebaut war, war für diesen Austausch ein eher theoretisches Programm vorgesehen. Das Programm war in die zwei Teile „Capacitaciones“ (Qualifizierung) und „Medio Ambiente“ (Umwelt) unterteilt. Das Programm zielte stark darauf ab, uns als deutsche Gruppe zu informieren und sich zu den behandelten Themen mit den Nicas auszutauschen.

In dem ersten Teil wurden uns durch Workshops, Vorträge und Ausflüge verschiedene Aspekte der nicaraguanischen Kultur näher gebracht. Dabei ging es einerseits um wichtige nicaraguanische und Leóner Traditionen, so haben wir traditi-

onelle Tänze gelernt und etwas über die damit verbundenen Legenden oder Rituale erfahren. Während unseres Aufenthaltes fand am 14. August auch die „Gritería“ statt, ein Fest, das in León zu Ehren der Jungfrau Maria gefeiert wird, da diese einst einen Ausbruch des Cerro Negro gestoppt und so die Stadt gerettet hat. Bevor wir gemeinsam mit den Nicas zum Feiern ins Zentrum der Stadt gingen, wurden uns alle mit diesem Fest verbundenen Gepflogenheiten erklärt. Dass diese zu einem Großteil darin bestehen, von Haus zu Haus zu gehen und Süßigkeiten geschenkt zu bekommen, hat unsere Vorfreude auf das Fest noch um einiges gesteigert.

Desweiteren lag ein Fokus auf aktuellen Problemen und wichtigen Themen in der nicaraguanischen Gesellschaft. Wir haben uns über das Problem der Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen unterhalten und haben, um mehr über die Arbeitsbedingungen generell zu erfahren, den größten Markt Leóns besucht. An einem anderen Tag hat die ASIJUL für uns eine Podiums-



Dreckig aber glücklich - beim Besteigen des Vulkans Cerro Negro

diskussion zum Thema „therapeutischer Schwangerschaftsabbruch“ veranstaltet, bei der intensiv diskutiert wurde. Auch das Thema HIV und Aids haben wir behandelt und haben zu dem Anlass die Organisation CISAS besucht, die mit HIV- und Aidskranken zusammenarbeitet und zum Beispiel eine Clownsgruppe aufgebaut hat, deren Theaterstück zur richtigen Benutzung eines Kondoms wir an einem sehr schönen Abend im Haus der ASIJJUL erleben durften. Desweiteren besuchten wir im Rahmen der Capacitaciones die Kulturgruppe Sekuan Platranka, die Universität Leóns, Las Tías, die Casa de Cultura, ein Waisenheim und viele weitere spannende Organisationen und Orte.

Im zweiten Teil des Programms „Medio Ambiente“ ging es dann um die Themen Umwelt, Klima, Wasser und Müllentsorgung. Auch hier waren wir viel unterwegs und haben uns zum Beispiel ein Solarprojekt in der Uni angeguckt, die Organisation CIMAC besucht, waren im inzwischen sehr heruntergekommenen Tierpark Arlen Siu, in dem vor zwanzig Jahren viele Familien Picknicks veranstaltet haben und jetzt nur noch einige wenige Tiere in betonierten Gehegen leben. Wir haben aber

auch praktisch gearbeitet, was nach dem vielen Input eine willkommene Abwechslung war. Die ASIJJUL hatte sich überlegt, als Umweltprojekt den Grünstreifen und die Seitenbereiche der Straßen rings um die ASIJJUL von Müll zu befreien und durch neue Bepflanzung zu verschönern. Hierfür wurden Pflanzen und Gartengeräte angeschafft und alle gemeinsam machten wir uns daran, Müll zu sammeln, Gras zu kürzen, Löcher zu graben und Bäume zu pflanzen. Nach getaner Arbeit waren wir wirklich stolz auf das Ergebnis. Ein wenig Sorge machte uns nur die Frage, was mit den Pflanzen nach unserer Abreise passieren würde; ohne regelmäßige Pflege und Wasser würden die Bäume nicht lange überleben. Diese Sorgen zerstreuten sich schnell, als wir sahen, dass die NachbarInnen begannen, die Pflanzen zu gießen und sich liebevoll um sie zu kümmern. Schon beim Einpflanzen und Gras kürzen bekamen wir Hilfe von einigen Nachbarn und andere halfen uns durch die Bereitstellung von Geräten oder auch durch leckere Erfrischungen. So ist für mich weniger das Verschönern der Straße ein Erfolg sondern viel mehr die dadurch entstandene Hilfe und der Zusammenhalt zwischen den Bewohnern des Viertels.

Insgesamt hätten die meisten von uns sich gewünscht, noch mehr für und mit der Bevölkerung zu tun, denn ein Großteil der Programmpunkte diene mehr dazu, uns zu informieren als etwas für die lokale Bevölkerung zu tun. Allerdings haben wir so einen sehr detaillierten und umfangreichen Einblick in viele Aspekte der nicaraguanischen Kultur erhalten, der sicherlich anderen Besuchern des Landes verwehrt bleibt.

Und natürlich lernten wir auch noch mehr kennen als nur León: Wir verbrachten ein Wochenende in Poneloya am Strand und ein anderes in Granada und Masaya. Außerdem stiegen wir auf den Cerro Negro und auf den Vulkan Santa Clara, besuchten die Stadt La Paz Centro und eine in einem Krater gelegene Lagune. Die ASI JUL hat sich sehr viel Mühe gegeben, uns ein tolles



Beim Säubern und Bepflanzen des Grünstreifens

Programm zu präsentieren, in dem Input, praktisches Arbeiten und Ausflüge sich abwechselten und uns so sehr vielfältige Eindrücke bescherten. Natürlich gab es in dieser Zeit auch viel Stress, Missverständnisse, Kommunikationsprobleme, Krankheiten und vieles mehr, was an unseren Nerven gezerrt hat. Doch gleichzeitig, und das sind die Dinge die wir in Erinnerung behalten werden, hatten wir ganz viel Spaß, haben neue Erfahrungen gesammelt, Freundschaften geschlossen, und hatten die Möglichkeiten eine fremde Kultur sehr gut kennenzulernen.

Daher fiel uns allen der Abschied auch sehr schwer und auf der Abschiedsfeier flossen auf beiden Seiten viele Tränen. Besonders rührend für uns alle war ein Lied, das Martina aus der deutschen Gruppe und Franklin aus der Nica-Gruppe gemeinsam geschrieben und auf der Abschiedsfeier für uns gesungen haben. Es hat für uns alle diesen Austausch sehr gut widerspiegelt. Wir alle können es jetzt kaum erwarten, den Austausch 2010 vorzubereiten und den Nicas, die uns dann in Hamburg besuchen, eine genau so unvergessliche Zeit zu bereiten, wie wir sie in León erleben durften!

Lisa Stange vom Nica-AK der AGfJ

Somos un volcán Juntos hasta el final Rompiendo mil cadenas	Wir sind ein Vulkan vereint bis zum Ende zerbrechen wir tausend Ketten.
Hamburgo y León Siempre estarán Unidos sin fronteras	Hamburg und León werden immer vereint sein ohne Grenzen.
Vamos a cantar Juntos la canción Que por siempre vivirá En nuestro corazón	Lasst uns singen gemeinsam dieses Lied das für immer leben wird in unseren Herzen.
Los intercambios hoy Por siempre estarán Como la luz del sol Que nunca morirá	Dieser Austausch heute wird für immer sein wie das Licht der Sonne das nie stirbt.
Unidos por amor El frío y el calor Viviendo sin barreras	Vereint durch Liebe sind Kälte und Hitze, und leben ohne tren- nendes Hemmnis.
Es tiempo de abrir Mil libros de hermandad Unidos eternamente	Es ist an der Zeit tausend Bücher der Part- nerschaft aufzuschlagen, vereint in alle Ewigkeit.

ASIJUL - ein Ort für JugendleiterInnen und die es werden wollen

Die Vereinigung für Jugendaustausch León (ASIJUL) ist eine gemeinnützige Organisation, die 2003 gegründet wurde. Ihr Hauptziel ist es, zusammen mit lokalen Institutionen und Partnerstädten von León soziale Projekte ins Leben zu rufen und zu entwickeln.

Mitglieder dieser Vereinigung sind freiwillige Jugendliche aus verschiedenen Jugendorganisationen, die sich die Fortbildung der Leóner Jugendlichen auf die Fahnen geschrieben haben. Es werden Ideenaustausch, Arbeit, Freizeit und Toleranz gefördert. So haben wir durch Weiterbildungen und Workshops über Jugendthemen und soziale Problemfelder Erfahrungen in Arbeitsmethoden mit Jugendgruppen erworben.

ASIJUL arbeitet mit der AGfJ (Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände Hamburg) im Projekt Jugendaustausch Hamburg-León zusammen, wofür wir soziale Projekte mit Jugendlichen der Stadt entwickelt haben.

Dank der Finanzierung durch den Hamburger Senat, der Unterstützung durch die AGfJ, der freiwilligen Hamburger Jugendlichen und der Arbeit der freiwilligen Jugendlichen von ASIJUL haben wir jetzt eigene Räume, wodurch wir die Möglichkeit haben, als Anlaufstelle für Jugendliche und als Koordinierungsinstanz für Aktivitäten im Jugendaustausch zu dienen.

Ziele der Vereinigung:

- Verschiedene Weiterbildungsprogramme für Jugendliche durchzuführen, in denen die Ausbildung von JugendleiterInnen zur institutionellen und gemeinschaftlichen Stärkung gefördert wird.
- Soziale Projekte in Zusammenarbeit mit anderen Jugendorganisationen, der Ge-

meinde und Partnerstädten anzustoßen und zu entwickeln.

- Förderung von Kultur-, Erfahrungs- und Ideenaustausch, sowohl zwischen den Jugendlichen von ASIJUL als auch mit Jugendlichen aus Partnerstädten und anderen Jugendorganisationen.
- Freizeit- und Bildungsaktivitäten, Sportveranstaltungen und Treffen mit Jugendlichen aus Partnerstädten, Jugendlichen von ASIJUL und anderen Jugendorganisationen zu fördern.
- Unter den Jugendlichen und allgemein in der Bevölkerung für den Umweltschutz zu werben.

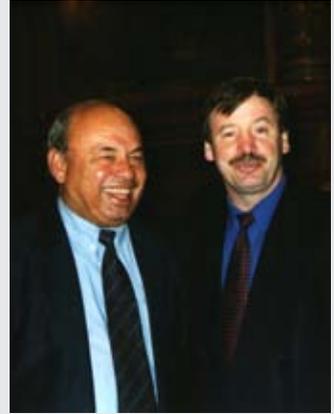


Dr. Rigoberto Sampson Granera, verstorben am 27. April 2009

Am 27. April 2009 verstarb nach langer, schwerer Krankheit Dr. Rigoberto Sampson Granera. Rigoberto Sampson hat sich im Laufe seines Lebens über seiner Tätigkeit als Chirurg am Leóner Krankenhaus HEODRA hinaus auch in vielen Ämtern und Funktionen engagiert: Stellvertretender Leiter des Gesundheitsministeriums in den 1980er Jahren, von 1990 bis 1996 Vizebürgermeister, dann Bürgermeister unserer Partnerstadt León von 1997 bis 2000, Abgeordneter des Nationalparlaments 2002-2005 und schließlich bis zu seinem Tode Rektor der Universität UNAN in León.

Er ist vielen aus der Hamburger Solidaritätsarbeit mit León wohl vor allem als Bürgermeister in bleibender Erinnerung, in dessen Regierungszeit der Wirbelsturm ‚Mitch‘ mit katastrophalen Folgen über die Region hereinbrach: Eine extreme Situation, in der er sich mit äußerster Kraft für die notleidende Bevölkerung seiner Stadt einsetzte.

Die Erinnerung an seine überragende Persönlichkeit wird in der Partnerschaft zwischen León und Hamburg immer ihren Platz behalten.



Rigoberto Sampson mit Bürgermeister Ortwin Runde in Hamburg im Dez. 1998 (nach ‚Mitch‘)

ASIJUL hat vier Arbeitsprogramme: Jugendaustausch, Weiterbildung, Kultur/Sport und Umwelt. Im Rahmen dieser Programme gibt es **folgende Aktivitäten:**

Jugendtreffen, wöchentliche Besprechungen der Arbeitsgruppen, um die Angebote durchzuführen, z. B. Sportveranstaltungen in Ligen oder mit anderen Einrichtungen, Weiterbildungen und Seminare über verschiedene aktuelle, für Jugendliche relevante Themen, Freizeitaktivitäten, Besuche von historischen oder touristischen Stätten in León oder in anderen Regionen, Kultur- und Ideenaustausch mit verschiedenen Organisationen von ASIJUL, Partnerstädten und Jugendgruppen.

Gemeinsame Projekte mit der AGfJ:

ADELANTE I:

- Auf Initiative von Mitgliedern der AGfJ und von ASIJUL und mit der Unterstüt-

zung des Nicaragua Vereins Hamburg ist das Projekt „ADELANTE I“ entwickelt worden. Hauptziel war es, neue Arbeitsmethoden zu erarbeiten und die Kommunikation unter den Gruppen zu verbessern. In der Zeit vom 25. 05. bis 08. 06. 2009 nahmen fünf Jugendliche von ASIJUL, ein Praktikant der ASIJUL des Programms APF-EL der AGfJ und freiwillige Jugendliche des Arbeitskreises Nicaragua teil. Es wurden neue Ideen über Themen wie Finanzierung, Kommunikation und interkulturelles Lernen sowie neue Projekte entwickelt: Freiwillige und PraktikantInnen in beiden Organisationen und die JULEICA (JugendleiterInnen-Card) oder in spanischer Übersetzung CEJOLI (Certificado para jóvenes líderes).

Am 06. 06. 2009 wurden die Ergebnisse des Projektes im Rahmen einer Veranstaltung präsentiert, bei der Seminare abgehalten, Informationen über beide Organisationen mitgeteilt und eine Podiumsdiskussion über Themen wie Austausch, Zukunftspläne und anderes durchgeführt wurden.